

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

11. Sitzung
23. August 2012

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.50 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0040](#)
Rechtsextremismusprävention nach den NSU-Morden ArbIntFrau
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

Hierzu: Anhörung

und ich möchte unsere Anzuhörenden herzlich begrüßen: Sebastian Wehrhahn von der Mobil-
len Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin – herzlich willkommen! –, Herrn Carl Chung
vom Mobil- len Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration,
Ostkreuz – Sie waren ja schon einmal bei uns zu Gast, Sie kennen sich hier bestens aus –, und
als Leiter der Abteilung III der Senatsverwaltung für Inneres und Sport begrüße ich auch
Herrn Klaus Zuch ganz herzlich. – Wird ein Wortprotokoll gewünscht? – Das ist der Fall.
Bevor wir in die Anhörung einsteigen, kommen wir zur Begründung des Besprechungsbe-
darfs. Wer möchte? – Frau Kitschun.

Dr. Susanne Kitschun (SPD): Erst einmal auch ein herzliches Willkommen unsererseits! Wir freuen uns, dass wir jetzt mit dieser Debatte nach der Sommerpause hier beginnen können. Die fürchterlichen Morde der Zwickauer Terrorzelle haben ja große Defizite bei den Sicherheitsbehörden des Bundes und in einigen Ländern deutlich gemacht. Einiges an Vertrauen ist verloren gegangen. Seit einem guten halben Jahr arbeitet auch der NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag, und es sind bereits erste Vorschläge vorgelegt worden. Wir sind zwar in Berlin im Verfassungsschutz recht gut aufgestellt, müssen aber natürlich auch da schauen, dass wir da weiter vorankommen, denke ich. Deswegen ist es sicherlich wünschenswert, dass heute auch ein Vertreter des Verfassungsschutzes hier unter den Anzuhörenden ist.

Für uns als SPD-Fraktion ist aber ganz wichtig, dass heute der Schwerpunkt im Bereich Prävention liegt. Da interessieren uns Ihre Vorschläge, Ihre Einschätzung der Situation in Berlin. Das betrifft einmal auch die staatlichen Behörden, hier Fragen der stärkeren Sensibilisierung oder eben das immer noch vorkommende Übersehen oder Ignorieren von rechtsextremen Motiven und Hintergründen bei Straftaten, dazu etwas zu sagen und zu Fragen der interkulturellen Öffnung, das wäre für uns sehr interessant. Die präventive Arbeit ist in Berlin auch breit aufgestellt, vor allem auch mit unserem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Da stärken wir die Zivilgesellschaft durch Projekte vor Ort u. Ä. Auch da sind wir an Ihrer Bewertung interessiert, an Vorschlägen zur Weiterentwicklung, auch an Ihrer Einschätzung. Da kam in den Stellungnahmen auch schon einiges, wie sich Problemlagen verändern. Und nicht zuletzt, ganz aktuell, interessiert uns natürlich Ihre Einschätzung der Serie rechter Anschläge jetzt in Treptow in den letzten Tagen, was unserem Thema heute eine ganz große Aktualität verleiht. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Dr. Kitschun! – Ich möchte mich übrigens noch bei Herrn Wehrhahn und Herrn Chung für die schriftliche Stellungnahmen bedanken. Ich gehe davon aus, dass sie Ihnen zugegangen sind. Das heißt, wir haben eine gewisse Grundlage, was die ersten Wortbeiträge eventuell in der Zeit maßvoll verkürzen könnte; denn wir haben das zur Kenntnis genommen, was Sie uns geschickt haben. Ich würde vorschlagen, wir treten jetzt in die Anhörung ein und beginnen, wie die Vorstellung war, mit Herrn Wehrhahn, kommen dann zu Herrn Chung und als Abschluss zu Herrn Zuch. Das ist hoffentlich in Ordnung für Sie. – Sie nicken. Dann möchte ich Sie bitten, Herr Wehrhahn, zu beginnen.

Sebastian Wehrhahn (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin – mbr –): Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung, die ich stellvertretend für meine Projektleiterin Bianca Klose dankend angenommen habe. Wie meiner Stellungnahme zu entnehmen ist, habe ich das in vier Punkte aufgliedert. Der erste Punkt, auf den ich gern eingehen möchte, ist die Wichtigkeit, Rassismus als Problem zu benennen. Wir glauben, dass Rechtsextremismus nur dann begegnet werden kann, wenn eine der wesentlichen, wenn nicht die wesentliche Bedingung dafür in den Blick genommen wird, und diese Bedingung ist Rassismus, und die betrifft leider nicht nur die Wählerinnen und Wähler der NPD. Ich habe einige Beispiele genannt. Ich glaube, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir es mit Rassismus zu tun haben, wenn gegen die Einwanderung aus sogenannten fremden Kulturkreisen das Gesundheitssystem bis zur letzten Patrone verteidigt werden soll. Es ist Rassismus, wenn die Medien über Jahre unwidersprochen von „Dönermorden“ sprechen – und da nehme ich die Projektlandschaft nicht aus, auch die haben da nicht widersprochen. Es ist Rassismus, wenn gemäß der Befunde der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mehr als 58 Prozent der Befragten das Recht auf freie Religionsausübung

für Muslime erheblich einschränken wollen. Dieser Rassismus kann nur dann behandelt und ihm kann nur begegnet werden, wenn wir das als ein Problem anerkennen, das wir alle haben, was wir als Gesellschaft haben und was sich nicht nur in Ostdeutschland findet, nicht nur bei jungen Männern, nicht nur bei der NPD.

Der zweite Punkt, den ich nennen möchte, ist die Dringlichkeit der Sensibilisierung von Polizei und Behörden, was Rechtsextremismus und Rassismus anbelangt. Es zeigt sich leider allzu oft, dass dort noch Bedarf besteht. Ein aktuelles Beispiel findet sich in der beantworteten Anfrage des Bezirksverordneten Philipp Wohlfeil aus dem Bezirk Treptow-Köpenick zur Aufstellung der politisch motivierten Kriminalität 2011 – ich nenne nur eines von leider mehreren: Im Juni wurde beim Treptower Ehrenmal ein Mann festgestellt, der den rechten Arm zum Hitlergruß hob, der mehrfach „Heil Hitler!“ rief und „Scheiß Russen!“. Diese Tat konnte leider keinem Phänomenbereich zugeordnet werden. Davon gibt es, wie gesagt, noch mehrere ähnliche Beispiele – auch aus anderen Bezirken, nicht nur Ostbezirken. In Neukölln wurde auch im letzten Jahr im Juni eine Galerie zum wiederholten Male von Rechtsextremen des Nationalen Widerstands Berlin besprüht. Als dann die Polizei eintraf, erging zuerst der Hinweis an die noch immer schockierten Galeriebetreiberinnen und -betreiber, dass sie sich doch nicht wundern bräuchten, wenn sie ein Plakat gegen Nazis im Fenster hätten. – Das sind Beispiele, wo das oft geforderte Engagement der Leute, wo der Appell zu „Gesicht zeigen“ auf einer ganz konkreten alltäglichen Ebene ad absurdum geführt wird.

Auch die Kolleginnen und Kollegen der Opferberatungsstelle ReachOut berichten uns immer wieder, dass Opfer rassistischer Gewalt, wenn die Polizei eintrifft, zunächst nicht wie Geschädigte, sondern wie Verdächtige behandelt werden. Das senkt die Chance, dass diese Leute die Polizei noch einmal hinzuziehen, das senkt das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, und das senkt auch ganz rapide das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger.

Hier bedarf es zum einen einer Haltungskorrektur. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen nicht bagatellisiert werden, müssen als solche erkannt werden, und diese Haltung muss die verschiedenen Dienstebenen auch durchziehen. Zum anderen ist es da auch wichtig, dass man konkrete Maßnahmen zur interkulturellen Sensibilisierung der einzelnen Beamtinnen und Beamten in die Wege leitet und auch konkrete Maßnahmen, um die Leute in die Lage zu versetzen, dass sie rechtsextreme, rassistische Vorfälle und Symbole überhaupt erst erkennen.

Hier weise ich gern auf die Forderung der Ombudsfrau Barbara John hin, dass es eine Notwendigkeit für eine unabhängige Beschwerde- und Beobachtungsstelle gibt, an die sich Opfer und deren Angehörige wenden können.

Beim dritten Punkt, den ich ansprechen möchte, geht es um die Förderung. Frau Kitschun hat eben schon angesprochen, dass der Zuschnitt hier tatsächlich sehr gut aufgestellt ist, gerade was den Ansatz der Frühprävention und dessen Breite anbelangt. Das entspricht, soweit wir es beurteilen können und soweit wir es mit verfolgen, dem wissenschaftlichen Stand. Das ist sehr gut. Wir müssen leider anerkennen: Rassismus und Rechtsextremismus werden uns als Problem und Herausforderung begleiten, und dem muss auch in der Förderung Rechnung getragen werden. Wie es bei anderen Beratungsinstitutionen der Fall ist, bedarf auch unsere Institution, auch die Opferberatung ReachOut einer langfristigen strukturellen Planungssicherheit, die diesem Problem gerecht wird.

Wie Sie wissen, wird die mbr seit 2011 nicht mehr vom Familienministerium gefördert, weil wir die sogenannte Demokratieerklärung nicht unterschreiben konnten. Wir konnten nicht, weil wir nicht wollten. Das war nicht mit unserem demokratischen Verständnis nicht zu vereinbaren. Dankenswerterweise ist das Land Berlin eingesprungen, und ebenso dankenswerterweise hat sich der rot-schwarze Senat im Bundesrat der Initiative gegen diese Klausel angeschlossen. Leider ist bislang weder die Auseinandersetzung um diese Klausel noch um die Rechtmäßigkeit der dahinterstehenden Idee und des Ansatzes abgeschlossen. Hier bedarf es weiterer Auseinandersetzungen. Und eine der Lehren aus dem Morden des NSU ist mit Sicherheit, dass Rechtsextremismus dort erfolgreich begegnet werden kann, wo sich ihm im Alltag Menschen entgegenstellen. Diese Menschen dürfen nicht mit Misstrauen, Häme und Verdacht des Extremismus überzogen werden, sondern diese Menschen brauchen Unterstützung.

Lassen Sie mich hier einen Punkt anfügen: Ich glaube, dass die Erfahrung der NSU-Morde auch gezeigt hat, dass bislang die Arbeit des Verfassungsschutzes in Zielsetzung und Methoden nicht in ausreichendem Maße demokratisch kontrolliert ist.

Ein abschließender Punkt, der allgemein ist, der jedoch konkret gelebt und vorgelebt werden muss: Es ist wichtig, Position zu beziehen, da wo wir stehen, wo wir arbeiten, wo wir uns bewegen, in unserem Alltag, aber auch in unseren Berufen. Viele von den Punkten, die ich eben genannt habe, verfolgen Sie bereits mit Nachdruck. Das ist sehr wichtig. Ich kann nur einige wenige erwähnen. Es ist unglaublich wichtig, wenn Abgeordnete mit Veranstaltungen auf die interkulturelle Sensibilisierung der Polizei und Behörden drängen. Es ist wichtig – wenn Hakenkreuze auf Mülleimern vor Ihrem Wahlkreisbüro sind –, dass Sie dies nicht an die BSR delegieren, sondern dass Sie selbst initiativ werden. Das ist ein wichtiges Signal. Es ist wichtig, dass – wenn die NPD ankündigt, den Jahrestag des Mauerbaus zu instrumentalisieren – Sie in Ihrem Wahlkreis plakatieren gehen und den Bürgerinnen und Bürgern in den Kiezen signalisieren, dass Sie diese Provokation in Ihrem Bezirk nicht wünschen, dass Sie dagegen Position beziehen. Es ist wichtig, Konferenzen zu machen, die darauf hinweisen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, und es ist unglaublich wichtig, dass Sie sich in verschiedenen Kontexten gegen die Extremismusklausel und für die Projekte einsetzen und stark machen. Das sind alles Punkte Ihrer Arbeit, die Beispiele setzen, beispielhaft für das Engagement von vielen sind und von denen ich hoffe, dass auch in der Zukunft sehr viele zu erfahren sein werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Wehrhahn! – Herr Chung, bitte!

Carl Chung (Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration, Ostkreuz): Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich setze ein bisschen anders an, weil ich mich mit der Frage auseinandergesetzt habe: Welche Bedeutung hat die Aufdeckung der NSU-Mordserie für Berlin? Nachdem, was ich beobachte, ist Berlin in diesem gesamten Bereich relativ gut aufgestellt, und zwar einschließlich der Sicherheitsorgane. Mir ist nicht bekannt, dass es vergleichbares Versagen bei der Abteilung Verfassungsschutz geben würde, wie es bei den Landesämtern in Hessen, Thüringen oder beim Bundesamt zu verzeichnen war. Ich finde, darauf kann man auch hinweisen.

Bei der Polizei sehe ich seit vielen Jahren eine Reihe von Anstrengungen, die in Richtung Stärkung der interkulturellen Kompetenz oder auch der Diversity-Kompetenz gehen. Das heißt nicht, dass die Einzelfälle, die der Kollege ausgeführt hat, auszuschließen sind, aber das heißt, dass Berlin insgesamt auf einem ausgezeichneten Weg ist, wenn man das in Relation zu dem stellt, was in anderen Bundesländern oder im Bund passiert. Ich finde es wichtig, dass man bei der Ernsthaftigkeit der Debatte nicht vergisst, auf Fortschritte und Erfolge hinzuweisen, die sich in den letzten zehn Jahren ergeben haben.

Über den Rassismusbegriff möchte ich jetzt keine Fachdebatte auslösen. Ich will mich so weit anschließen, ohne alles zu Rassismus zu erklären, was ich als böse einschätze, dass es zum Teil hinderlich ist, wenn man mit rechtsextremen Motiven als Kategorie umgehen muss, um ein Vorkommnis überhaupt einordnen zu können, wenn es im Kern um rassistische, um ethnozentrierte, homophobe, antisemitische oder antiziganistische Vorgänge geht. Wenn jedes Mal ein rechtsextremistischer Zusammenhang, also möglichst mit einer manifest organisierten Gruppe hergestellt werden muss, wird es mit der Einordnung sehr schwierig. In dem Moment, in dem man sagt: Eine rassistische Äußerung von jemandem mit Migrationshintergrund kann keine sein, weil sie von jemandem mit Migrationshintergrund kommt –, kommt man in Schwierigkeiten. Also ist die eigentliche Kategorie an der Stelle Rassismus, Antisemitismus oder Ethnozentrismus oder ein extremistischer Nationalismus, aber die Kategorie ist an der Stelle das Entscheidende und nicht der Täter.

Wir haben immer noch große Probleme, wenn es um Kategorisierungen wie die Ausländerextremismus oder fremdenfeindlich motivierte Gewalt geht. Was ist fremdenfeindlich, wenn es um Deutsche mit Migrationshintergrund geht, die vielleicht von Deutschen ohne oder mit Migrationshintergrund aus konfessionalistischen oder rassistischen Motiven angegangen werden? Die Kategorisierungen sind problematisch, auch wenn ich einsehe – vor dem Hintergrund, dass man bundesweit versucht, einheitliche Zuordnungskriterien zu haben –, dass es langwierig und schwierig ist, so etwas zu verändern. Aber es führt dazu, dass man eine täterorientierte Perspektive einnimmt. Derjenige, der andere als Fremde definiert, definiert damit den Begriff Fremdenfeindlichkeit. Übrigens wird dann auch der ebenso merkwürdige Begriff der Deutschfeindlichkeit von denen definiert, die das Deutsche definieren, und wenn es gegen Aleviten geht, die einen westlichen Lebensstil pflegen, dann ist es auch verdeutscht als ein Begriff, der aus der Täterperspektive kommt und nicht den Sachverhalt beschreibt.

Zu dem, was grundsätzlich zu tun ist: Es gibt nach wie vor einen Sensibilisierungsbedarf, es gibt nach wie vor einen Bedarf, Diversity-Kompetenzen in den Behörden zu stärken, auch bei der Polizei. Es gibt den Bedarf, den Schutz vor Diskriminierung zum Beispiel in der polizeili-

chen Alltagskultur zu verankern. Das ist etwas anderes als nur zu sagen, dass die Polizei in dieser Richtung arbeitet. Das heißt, man muss sich nicht nur die Polizeikultur, sondern auch das, was als Cop-Culture diskutiert wird, genauer angucken. Dabei ist es nicht unbedingt hilfreich, wenn eine Kategorie, wie zum Beispiel südländischer Typ oder andere phänotypische Einordnungen als Hinweis, wo verdachtsunabhängige Kontrollen stattzufinden haben, nach wie vor im Umlauf ist. Das macht es den Beamten vor Ort nicht leicht, das zu ignorieren und eine rassistische Diskriminierung, die quasi angewiesen ist, zu missachten.

Das sind für mich aber Fragen, die nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den NSU-Morden stehen, sondern das ist das, was sowieso ansteht, und wo ich nicht den Eindruck habe, dass die Berliner Verwaltung, dass der Berliner Senat nicht seit Jahren dabei ist, diesen Bereich zu bearbeiten. Da sind weitere Fortschritte wünschenswert, und dem Hinweis darauf, dass das Geld kostet, kann ich mich nur anschließen.

Ich würde gern noch einen Blick auf neue Herausforderungen werfen. Wir hatten Gott sei Dank einen einigermaßen glimpflichen Ablauf von Provokationen – würde ich es nennen – der sogenannten Bürgerbewegung Pro Deutschland. Wenn man sich diese Provokationen genauer anguckt und das, was dann passiert ist, fand ich es durchaus spannend, dass sich Demokraten zwischen extreme, zumindest radikale – bis hin zur Militanz radikale – Islamfeinde auf der einen Seite stellen, und auf der anderen Seite stehen Leute, die nicht unbedingt ein positiv geklärtes Verhältnis zu den Verfassungsnormen des Grundgesetzes haben. Das zeigt, dass Konfliktlinien in dieser Stadt – da wir nicht in Ostvorpommern und nicht in der Sächsischen Schweiz sind – mehrdimensional sind, dass es mehr Dimensionen, mehr Komplexität in Problemfeldern gibt, dass es auch nicht immer nur um organisierte Gruppen geht, sondern wenn es um Militanz geht, reicht es völlig – das haben wir in Norwegen gesehen –, wenn ein Einzeltäter oder sehr kleine Zellen aktiv werden, wo der Hintergrund allerdings durch Stimmungen geschaffen wird, die nicht immer eindeutig in gut, böse, schwarz, weiß oder Ähnliches einzuordnen sind, sondern wo man sich mehr Ebenen angucken sollte. Ich denke, das betrifft auch die Phänomene, die ich hinter dem Extremismusbegriff als wirklich wichtig erachte, z. B. Rassismus, Antisemitismus. Die gehen nicht immer nur eindeutig von einer, dann auch noch ethnisch oder konfessionell definierten Tätergruppe aus, sondern die Probleme können auch quer gehen und verschiedene Machthierarchien betreffen. Nehmen wir an, ein afrodeutsches Bildungsbürgerkind wird in der Schule von einem Kind mit türkischem Migrationshintergrund beleidigt. Soziale Schichtung, Muttersprache und rassistische Kriterien geraten durcheinander. Auf diese Komplexität sollten wir uns in unserer pluralen Einwanderungsstadt der Vielfalt stärker beziehen und einlassen.

Ähnlich ist es in dem Bereich, der wahrscheinlich auch an Bedeutung zunehmen wird, das, was ich als antiziganistisch aufgeladene Verteidigung von Etabliertenvorrechten bezeichnen würde. Auch dieses Phänomen betrifft nicht nur Deutsche ohne Migrationshintergrund in Berlin, sondern da es zum Teil sogar um Statusverschiebungen geht, wenn es um EU-Bürger geht, die neu zugewandert sind, die an bestimmten Stellen eher einen höheren Status haben als länger Etablierte, dann ist die Frage der Verteidigung von Etabliertenvorrechten nicht nur ganz klar schwarz-weiß, da sind die Starken und da die Schwachen, sondern es geht zum Teil durcheinander.

In der Konsequenz komme ich aber auf das zurück, was ich eigentlich als Problem sehe, nämlich von einer gruppenbezogenen Problembeschreibung hin zu einer problembezogenen

Wahrnehmung und Kategorisierung zu kommen. Wenn man das nicht bundeseinheitlich machen kann, kann man aber vielleicht versuchen, in Berlin erste Schritte allein zu gehen und das zu etablieren, dass man sagt: Wir gucken uns nicht oder nicht in erster Linie an – das ist für den Verfassungsschutz ganz schwierig, aber bei Programmen ist es eine andere Frage, und wir reden hier über Prävention, auch mit repressionsarmen oder repressionsfreien Mitteln –: Welcher Gruppe können wir die Täter zuordnen? –, sondern: Worum geht es an dieser Stelle als Phänomen?

Der zweite Punkt, der mir dazu einfällt, ist, dass es schwierig wird, einzelne Erscheinungsformen wie Rassismus, ethnozentrierten Chauvinismus, konfessionistischen Chauvinismus, Homophobie und Ähnliches in Situationen, wie zum Beispiel Elternabenden in Kitas, Situation in der Schule oder in Jugendfreizeiteinrichtungen völlig getrennt voneinander zu behandeln. Häufig ist es sehr angeraten, Diskriminierung als solche in der Prävention zu thematisieren, um möglichst viele Andockpunkte auch für empathische Reaktionen bei unterschiedlichen Gruppen zu erzeugen. Das heißt, wenn ich es mit den Begriffen von Heitmeyer sagen darf, dass der Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ein Syndrom beschreibt, und die Prävention kann sich auf das Syndrom beziehen. Wenn ich einen antisemitischen Vorfall habe, ist es vielleicht nicht der erste Schritt, frontal durch die Vordertür das Thema Judenfeindlichkeit in den Mittelpunkt zu stellen, sondern vielleicht die eigenen Diskriminierungserfahrungen von Diskriminierenden, um dann ein solches Thema bearbeiten zu können, also das Syndrom als solches bearbeiten zu können. Auch da sollten Ansätze, die es in der Stadt gibt, stärker fokussiert werden, wenn man sich darauf einlassen kann, dass wir hier eine andere Problemlage haben als in Thüringen, Sachsen oder Sachsen-Anhalt. Es wäre meine Bitte, dass man das stärker mit in den Fokus nimmt und die Fortschritte, die wir haben, auch benennt. Zum Beispiel vermisse ich häufig auch den Hinweis darauf, dass das Personenpotenzial, das dem Rechtsextremismus vonseiten des Verfassungsschutzes zugeordnet wird, über die letzten zehn Jahre deutlich rückläufig ist. Das heißt nicht, dass die Zahl der Vorfälle zurückgehen muss. Die Militanz kann auch zeitweilig wieder zunehmen, auch wenn da die Kurve über längere Trends gesehen mit allen Ausschlägen auch eher abnehmend ist. Ich finde das deshalb wichtig zu erwähnen, weil sich dieses Land und auch die Bundesregierung seit zehn Jahren mit Geld dafür engagieren, sich mit dem Phänomen Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Wenn man den Eindruck gewönne, dass alle Förderung nichts an Erfolgen brächte, dass sich nichts verändert, fände ich das als Ausweis der Wirksamkeit nicht besonders gut. Wenn man das schlussfolgern müsste, nachdem, was wir als Sachlage haben, würde ich darin ein Problem sehen. Ich weise darauf hin: Ich sehe dieses Problem nicht, ich sehe Erfolge der Förderpolitik, die bis jetzt erfolgt ist, und deswegen einen Grund, sie fortzusetzen und sie auf die Problemlagen, die wir stoßen, spezifischer auszurichten. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Chung! – Herr Zuch, bitte!

Klaus Zuch (SenInnsport): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss zunächst meine Funktion erklären. Ich bin kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, das war ich mal, aber in einem anderen Phänomenbereich, nämlich in der Terrorabwehr, sondern ich leite die Abteilung III in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, also die Aufsichtsbehörde über die Polizei und die Feuerwehr. Ich weiß, dass meine Kollegin, Frau Schmid, angefragt wurde. Frau Schmid hat aber einen lange terminierten aushäusigen Termin, der nicht verschoben werden konnte. Im Übrigen ist gefragt worden, ob diese Anhörung vielleicht ver-

schoben werden könnte. Das wurde auch verneint. Nehmen Sie also bitte mit dem Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung vorlieb.

Fehler und Pannen – das ist im Eingangsstatement schon angesprochen worden –, die im Zusammenhang mit der grauenhaften Mordserie des NSU passiert sind, haben sicherlich das Ansehen der Sicherheitsbehörden beschädigt. Der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden – das merkt man in den ganzen Diskussionen – ist enorm. Derzeit wird auf Bundes- und auf Landesebene die gesamte Sicherheitsarchitektur diskutiert und geprüft. Es ist relativ klar, dass man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Auf Ebene der Innenministerkonferenz sind einige Maßnahmen angeschoben worden, auf die ich noch zu sprechen komme.

Herr Chung sagte es eben: Wir haben es in Berlin mit einem rechtsextremistischen Personenpotenzial von ca. 1 400 Personen zu tun. Davon gelten etwa 650 Personen als gewaltbereit. Bundesweit gibt es etwa 9 800 Gewaltbereite. Im Jahr 2000 waren es mehr als doppelt so viele. Die Sicherheitsbehörden rechneten in Berlin 2 900 Personen dem rechtsextremen Spektrum zu. Damit liegt die Entwicklung in Berlin im bundesweiten Trend. Das Potenzial hat sich um über 60 Prozent verringert. Trotz dieser signifikanten Verringerung beim Personenpotenzial haben wir es beim Rechtsextremismus aber mit einem Problem zu tun, dem sich die Sicherheitsbehörden in Repression und Prävention weiterhin aufmerksam widmen. Mit der quantitativen Abnahme der Anzahl der Rechtsextremisten war eine qualitative Radikalisierung verbunden. Kurz gesagt: Es sind zwar weniger geworden, aber die Wenigen sind gefährlicher. Das gilt für Berlin gleichermaßen.

Zu den Straftatenzahlen: In Berlin wurden im Jahr 2010 1 137 Straftaten festgestellt. Ich weiß, das ist immer schwierig. Das sind eingangsstatistische Erhebungen, das ist ein Hellfeld, das sind die Dinge, die den Strafverfolgungsbehörden bekannt geworden sind, mit all diesen Definitionsproblemen, auf die schon hingewiesen wurde. Im Jahr 2011 waren es 2 Prozent mehr, etwa 1 157. Die Aufklärungsquote lag bei 25 Prozent. Bei den Gewaltdelikten Rechts gab es 2010 27 und 2011 61 Straftaten, die die Polizei festgestellt hat. Um den Trend im aktuellen Jahr gleich an dieser Stelle darzustellen: Im ersten Halbjahr wurde ein Rückgang der bekannt gewordenen Straftaten um 5 Prozent, bei den Gewaltdelikten um 53 Prozent festgestellt.

Besonderes Augenmerk legen die Berliner Sicherheitsbehörden auf die sogenannten freien Kräfte. Das sind für Berlin etwa 180 Personen. Davon gehörten ca. 90 den autonomen Nationalisten an. Sie sind besonders gewaltbereit und begehen im Verhältnis die meisten Straftaten, und auf sie konzentrieren sich die Sicherheitsbehörden in einem besonderen Maße.

Lassen Sie mich einen Aspekt im Zusammenhang mit Prävention hervorheben, der nicht unterbewertet werden kann. Es gab in den letzten Jahren in zahlreichen Ländern, auch in Berlin, von den Innenministerien ausgesprochene Vereinsverbote, die dafür gesorgt haben, dass zumindest die Kameradschaftsszene in weiten Teilen zerschlagen werden konnte und sich auch nicht in anderen Zusammenhängen neu formuliert hat, zwei in Berlin: BASO und Frontbann sind zu erwähnen. Wir müssen weiterhin wachsam bleiben. Auch wenn die NPD keine wirklich bedeutsame Rolle spielt, darf man nicht vergessen, dass ihr Vorsitzender, Sebastian Schmidtke, immerhin ein führender autonomer Nationalist ist. Damit ist er dem gewaltorientierten Personenkreis zuzurechnen, der jederzeit zu körperlichen Auseinandersetzungen ge-

genüber dem politischen Gegner oder Andersdenkenden sowie Personen mit Migrationshintergrund bereit ist. Einer situativen Konfrontation wird nicht aus dem Weg gegangen. Wir hatten in den letzten Jahren sehr viele Links-Rechts-Auseinandersetzungen in der Stadt. Die Sicherheitsbehörden sind in diesem Umfeld sehr wachsam.

Wir haben im Landeskriminalamt bereits vor Jahren organisatorische Voraussetzungen geschaffen, diesem Phänomen zu begegnen. Wir haben die Abteilung V, Staatsschutz, mit einem Fachdezernat, das sich um politisch motivierte Kriminalität Rechts kümmert. Wir haben im Aufklärungsbereich eine Einheit, die sich früher „politisch motivierte Straßengewalt“ nannte, heute „operative Ermittlungsgruppe“, die eine unverzichtbare operative Komponente bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Neben der Bekämpfung spezieller Phänomene der organisierten rechtsextremistischen Kriminalität im Rahmen der Strafverfolgung ist Zielrichtung dieser Einheit insbesondere, durch offene und verdeckte Aufklärung Gewalttäter bekannt zu machen und Gefahren abzuwehren. Die Kollegen sagen, sie sehen nach den Rechten. Ich glaube, das gelingt ihnen in herausragender Weise, zum Beispiel durch Aufklärungstreifen, Kontaktgespräche und Gefährderansprachen.

Nach Aufdeckung der NSU-Morde sind von der Innenministerin und den Innenministern und Senatoren zwei entscheidende Dinge auf den Weg gebracht worden. Zum einen – das haben Sie durch die Presseberichterstattung mitverfolgt – ist in Köln bzw. Meckenheim das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus eingerichtet worden. In diesem Gremium, das seit Dezember 2011 tagt, sitzen Beamte aus Behörden von Bund und Ländern, die tagesaktuell relevante Ereignisse besprechen und bewerten. Vorbild war das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum hier in Berlin. Die Berliner Polizei und auch der Berliner Verfassungsschutz sind mit je einem Mitarbeiter an den Wochentagen in diesem Gremium vertreten. Der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden konnte seitdem wesentlich verbessert werden. Experten aus Bund und Ländern können durch das Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts die Bedrohung durch den Rechtsextremismus besser beurteilen, und operative Maßnahmen werden erleichtert.

Die zweite Maßnahme, die in diesem Zusammenhang durchgeführt werden soll, ist die Einführung einer Rechtsextremisdatei. Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus hat am 6. Juli nach dem Bundestag auch den Bundesrat passiert und bildet die Rechtsgrundlage für eine von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten gemeinsam geführte Datei. Die ist im Aufbau. Das Gesetz ist noch nicht veröffentlicht. Es ist damit zu rechnen, dass es noch im August in Kraft tritt, und der Wirkbetrieb der Datei ist für Anfang September vorgesehen. Diese zentrale Datei, die beim Landeskriminalamt geführt wird, ist eine Datei, wo Bundespolizei, Landeskriminalämter – natürlich auch unseres – die Verfassungsschutzbehörden, auch unsere Abteilung II Zugang haben.

Um diese neu geschaffenen Instrumente in Berlin mit Leben zu erfüllen, hat der Berliner Verfassungsschutz im Rahmen der letzten Haushaltsdiskussion fünf neue Stellen im Bereich des Rechtsextremismus erhalten. Das war ein wichtiger und notwendiger Schritt, für den ich dem Parlament außerordentlich dankbar bin. Angesichts der im NSU-Komplex festgestellten Bedrohung – das war, ich darf noch mal darauf hinweisen, eine rechtsterroristische Zelle, also deutlich eingeschränkt, aber hoch qualitativ – durch den gewaltbezogenen Rechtsextremismus

wurden damit zwei neue zentrale Säulen geschaffen, die den Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten weiter verbessern.

Zur Prävention: Präventionsarbeit bedeutet nicht nur Öffentlichkeitsarbeit, sondern klassische Polizei- und Verfassungsschutzarbeit wirkt auch präventiv, sei es durch Aufdeckung von Straftaten und Szenezusammenhängen, Gefährderansprachen vor Großereignissen oder schlicht das Zeigen von Präsenz. Die Berliner Polizei hat in ihre dauerhaften Präventionsprogramme wesentliche Projekte eingearbeitet, auf die teilweise schon hingewiesen wurde. Ich will einiges ergänzen. Es gibt das Projekt „Wissen und Bildung als Schutzfaktor gegen Rechtsextremismus“, wo Polizeibeamtinnen und -beamte über das Jahr verteilt in Antigewaltveranstaltungen interessierte Schülerinnen und Schüler ab der Klassenstufe 9 anhand von themenbezogenen Informationsveranstaltungen zum Thema rechtsextremistische Gefahr unterrichten. Das geht über zwei Unterrichtsstunden, in denen Begriffe und Merkmale des Rechtsextremismus, aktuelle Erscheinungsformen nazistischen Gedankenguts und der Begriff freiheitlich-demokratische Grundordnung erarbeitet, vorgestellt und erläutert werden. Darüber hinaus geht es darum, verbotene Zeichen, Kennzeichen und Organisationen zu erklären. Durch die Präventionsbeauftragten der Polizeiabschnitte erhalten die Schülerinnen und Schüler in dieser Veranstaltung Handlungsempfehlungen, wie sie sich beim Versuch rechtsextremistischer Nachwuchsgewinnung verhalten können und ihr demokratisches Bewusstsein gestärkt wird, und zwar völlig unabhängig vom Thema NSU. Um eine Zahl zu nennen: Im vergangenen Jahr wurden stadtweit 2 424 Antigewaltveranstaltungen festgestellt. Bei den anderen genannten themenbezogenen Informationsveranstaltungen gab es nur eine, und man stellt fest: Die Nachfrage in den Schulen ist erheblich zurückgegangen.

Seit März 2003 gibt es ein von der Behördenleitung der Berliner Polizei sehr stark fokussiertes Projekt, das sogenannte „TiK-Projekt“, Transfer interkultureller Kompetenz. Darauf ist auch schon hingewiesen worden. Das ist ein Ansatz für die Kriminalprävention auch unter muslimischen Jugendlichen und ein Beitrag dazu, Berliner Moscheevereine in die Verantwortung für die Kriminalitätsvorbeugung einzubeziehen. Interkulturelle Kompetenz ist der professionelle Umgang mit Menschen anderer Kulturen. Das gilt natürlich auch für Polizei- und Vollzugsbeamtinnen und -beamte. Ich will nicht verhehlen, dass es den einen oder anderen Vorfall gab, der in der Tat zu kritisieren ist, aber ich glaube, die Behördenleitung hat sehr frühzeitig auf solche Vorfälle reagiert und entsprechend dieses Projekts umgesetzt, durch das auch Polizei- und Vollzugsbeamte entsprechend geschult werden. Wir haben dieses Projekt inzwischen in die Regelorganisation der Berliner Polizei überführt. Es gibt beim Landeskriminalamt im Präventionsbereich einen Ansprechpartner für Integration und Migration bei der Berliner Polizei, und genau in diesem Bereich ist das Projekt verortet.

Die Verfassungsschutzbehörde hat zuletzt im Jahr 2007 eine große Veranstaltung in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie für Integration, Arbeit und Soziales durchgeführt, nämlich hier im Berliner Abgeordnetenhaus einen Jugendkongress gegen Rechtsextremismus, wo mit etwa 200 jugendlichen Multiplikatoren in einem Workshop der Umgang mit dem Thema diskutiert wurde. Sie kennen die Publikationen des Berliner Verfassungsschutzes. Da gibt es eine ganze Reihe, zum Beispiel die Broschüre „Rechte Gewalt in Berlin“. Es ist geplant, die bereits zweimal veröffentlichte Studie demnächst entsprechend zu erneuern. Mit Vorträgen und auf Diskussionsveranstaltungen informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzabteilung über die neuesten Entwicklungen. In der Regel gibt es eine Veranstaltung im Monat.

Ich möchte auch darauf hinweisen: Wir haben in Berlin die Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“, die in unserem Haus angebunden ist, die sich in den Jahren 2006 bis 2011 sehr intensiv der Prävention gegen Rechtsextremismus gewidmet hat. Ich will beispielhaft, ohne in die Einzelheiten zu gehen – das kann man auf der Homepage nachlesen – auf die Veröffentlichung im Berliner Forum Gewaltprävention hinweisen, auf Veranstaltungen wie „Was tun gegen rechte Gewalt?“, auf den Schreibwettbewerb an den Schulen „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich.“, Plakatwettbewerbe und ähnliche Förderungen, unter anderem im Zusammenhang mit Rechtsextremismusprävention bei Fußballspielen. Auch das ist ein Thema.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus – darauf muss man immer wieder hinweisen – ist nicht allein Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Es ist ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz zu finden. Wir müssen früh ansetzen. Ich will keine Allgemeinplätze verbreiten, aber auch auf die Institutionen hinweisen – zwei sind vertreten –, die sich in dem Feld engagieren. Es gibt auf Landesebene auch andere wesentliche Foren, beispielsweise das Berliner Beratungsnetzwerk, in dem auch das Landeskriminalamt Berlin entsprechend vertreten ist, der „Berliner Ratschlag für Demokratie“, mit einer Vielzahl von Persönlichkeiten, die sich dort engagieren. Es gibt seit Jahren das übergreifende Programm „Polizeiliche Kriminalprävention“ des Bundes und der Länder, wo Rechtsextremismus als ein wesentlicher Punkt in der Präventionsarbeit vertreten ist.

Ich teile die Einschätzung von Herrn Chung. Ich bewerte es auch so, dass wir in Berlin zumindest aus Sicht der Sicherheitsbehörden ganz gut aufgestellt sind. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Es gibt eine Reihe von Initiativen, die man fortsetzen kann. Wenn wir auf diesem Niveau weiter zusammenarbeiten, werden wir die rechte Szene in der Stadt weiter schwächen. Unser Ziel muss unter anderem sein, nachhaltig zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche in diese Szene einsteigen. Haben sie ausreichend Alternativen und Angebote, gibt es in den Schulen genug Informationen über die Hintergründe des Rechtsextremismus, dann sind wir auf einem guten Weg. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Zuch! – Wir treten in die Aussprache ein. Als Erstes hat sich Herr Kowalewski von den Piraten gemeldet. – Herr Kowalewski, bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Ich hatte mich gleich von ein paar Beispielen angesprochen gefühlt, die Herr Wehrhahn genannt hat. – Vielen Dank auch von meiner Seite, dass Sie hier sind und die Ausführungen mitgebracht haben. – Man kann ja, wenn man die Zeitung liest, den Eindruck gewinnen, dass demokratische Kräfte, die sich gegen Rechts engagieren, gerade sehr gefährlich leben. Es gibt gerade im Berliner Südosten eine Angriffswelle, könnte man beinahe schon sagen. Mal werden die Wohnhäuser von nicht unbedingt als nazifreundlich bekannten Bezirkspolitikern in Adlershof angegriffen, mal werden die Büros von Jusos in Oberschönenweide angegriffen, zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage. Bei der umweltfreundlichen Entsorgung von NPD-Plakaten wird in Johannisthal ein junger Mann von einem verummten Neonazi geschlagen. Dann greifen Rechtsextreme wiederum Jusos beim Verteilen von Flugblättern an oder schmeißen Scheiben eines Einfamilienhauses ein, weil die Familie, die darin wohnt, sich mal gegen die NPD-Wahlkampfwerbung zur Wehr gesetzt hatte. Die Falken werden wahrscheinlich ihr Jugendzentrum zumachen müssen, weil es da für die Versicherung ein paar Mal zu oft gebrannt hat, nachdem es also von Nazis angezündet worden ist. Es kann natürlich sein, das wurde auch schon gesagt, dass es weniger Gewaltverbrechen aus der rechten Szene gebe, aber der Eindruck der entsteht, ist, dass man, wenn man sich irgendwie gegen Rechtsextremismus einsetzt, um Leib und Leben fürchten muss.

Dann hatten Sie noch die Extremismusklausel angesprochen. Da würde mich interessieren, wie viele Berliner Projekte nicht mehr durch das Familienministerium finanziert werden, eben weil sie diese Extremismusklausel auch nicht unterzeichnen wollten oder konnten. Letztlich muss man da für nicht klar definierte Personengruppen die Garantie übernehmen, dass sie auf dem Boden der wie auch immer gearteten Vorgaben, die man in der Verfassung sehen möchte, stehen. Das ist so unscharf formuliert, dass man diese Garantie gar nicht übernehmen kann, sodass letztlich diese Mittel theoretisch jederzeit zurückgefordert werden können. Sie meinten, Planungssicherheit ist vonnöten, um überhaupt arbeiten zu können. Deswegen kann ich mir sehr gut vorstellen, dass viele das nicht unterschrieben haben. Deswegen frage ich mich, wie sich denn momentan die finanzielle Ausstattung von Initiativen und Vereinen gegen Rechtsextremismus in Berlin darstellt. – Diese Klausel wurde vom Verwaltungsgericht in Dresden für rechtswidrig erklärt. Dagegen hat dann die Bundesregierung Berufung eingelegt. Was soll man jetzt eigentlich mit dieser Klausel machen? Da würde mich interessieren, wie Sie die sehen. Das klingt jetzt nach einer ganz einfachen Lösung, aber ich glaube, Kristina Schröder hat da eine andere Position. Vielleicht können wir da schauen, dass wir etwas hinbekommen, was tatsächlich nicht die Arbeit gegen den Rechtsextremismus behindert.

Zum Schluss noch mal die Klammer darüber hinaus: Wie meinen Sie denn, kann man die wirklich wichtige Arbeit von Initiativen gegen Rechtsextremismus tatsächlich sinnvoll fördern, jetzt mal von der Planungssicherheit – ich kann mir vorstellen, dass das alle wissen, dass das bei jeder Art von politischer Arbeit wichtig ist – und dieser sinnlosen lächerlichen Extremismusklausel abgesehen? Was kann man denn da tun, um das zu unterstützen? – Danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke, Herr Kowalewski! – Als Nächste, Frau Dr. Kitschun, bitte!

Dr. Susanne Kitschun (SPD): Erst einmal ganz herzlichen Dank für die Ausführungen. Ich hätte auch noch einiges an Nachfragen. Zum einen, Herr Zuch, würde mich interessieren, ob Sie noch etwas – Sie hatten die Schulungen in Sensibilisierung interkultureller Kompetenz

erwähnt – zu den Quoten sagen könnten, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derartige Schulungen vorgesehen haben und in welchem Ausmaß das tatsächlich stattfindet. Dann fände ich es sehr spannend, auch wenn es vielleicht schwierig ist, aber vielleicht möglich, weil die Stellungnahme von Herrn Wehrhahn schon länger vorlag, ob Sie vielleicht noch etwas konkreter auf die Punkte, die da angesprochen sind, eingehen könnten, was das Nichtfeststellen oder Erkennen von einem rechtsextremen Hintergrund bei Straftaten und auch den Umgang mit den Betroffenen rechter Gewalt bei der Polizei betrifft, ob Sie dazu noch mal etwas sagen können bzw. was Sie davon jetzt mitnehmen, dass das hier jetzt auch ganz konkret im Raum gestanden hat.

Dann würde mich noch die Abnahme der Personenzahl aus dem rechtsextremen Spektrum interessieren, die Sie geschildert haben, ob Sie da Gründe benennen könnten, warum das zurückgegangen ist. – Dann möchte ich von Herrn Wehrhahn von der mbr wissen: Es ist ja sonst ein Stück weit immer auf die Veränderung der Situation in Berlin eingegangen worden, ob Sie dazu vielleicht etwas sagen könnten, wie sich das aus Sicht der mbr darstellt, oder ob Sie da entsprechend so etwas Ähnliches sehen, wie es auch von Herrn Chung formuliert worden ist.

An alle gerichtet würde ich gerne wissen, wie der Kollege von den Piraten auch schon gesagt hat, zur Situation im Südosten Berlins, ob Sie uns da etwas mitgeben wollen, weil das in der Tat ganz unsäglich ist und gerade diese Woche – ich sagte es schon in der Eingangsbegründung – massiv zunimmt, was man da noch mehr tun kann, um vor Ort zu unterstützen, was aus Ihrer Sicht wünschenswert ist und ob das mit den Instrumenten, die wir jetzt haben, ausreicht und wie Sie damit konkret umgehen. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Dr. Kitschun! – Als Nächster, Herr Reinhardt, bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an Sie für Ihr Erscheinen! Ich habe in Anlehnung an das, was Frau Dr. Kitschun schon gesagt hatte, noch mal die Frage an die anderen beiden Kollegen, also nicht Herrn Zuch, sondern weil die Frage im Bereich der Sensibilisierungsmaßnahmen lauten sollte, welche Maßnahmen es bereits gibt. Das ist zum Teil schon angesprochen worden. Aber dann gibt es auch die Frage: Sind die Opferberatungsstellen in diese Maßnahmen eingebunden? Dann natürlich gibt es auch die Frage: Wie könnte konkret Ihrer Meinung nach eine bessere Unterstützung aus diesem Hause in dieser Frage aussehen?

Da direkt mit verbunden ist die Frage an Herrn Chung. Es gab gerade im Bereich Ethnic-Profiling oder Racial-Profiling das Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz. Da würde mich interessieren, ob Sie einen Zusammenhang sehen zwischen dem Bereich, den Sie schon ansprachen, dem äußerst problematischen Umgang von Polizei und Vollzugsbehörden mit der Frage, wonach Kontrollen oder Untersuchungen geschehen sollen, dann auch Anweisungen an die Beamten und die Frage, wie mit diesen Anweisungen umzugehen ist. Wie und ob konkret kann mit eventuell bestehenden Vorurteilen oder auch Vorurteilen, die vielleicht aufgrund konkreter Anweisungen entstehen können, umgegangen werden, unter Umständen auch durch diese Sensibilisierungsmaßnahmen?

Dann würde mich noch der problematische Umgang der Berliner Polizei und des Innensensors mit Aufmärschen rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppen interessieren. Sehen Sie da einen Handlungsbedarf? Gibt es da bezüglich der rechtzeitigen Informationen, wenn es zu Aufmärschen kommt, Änderungen? Ist da Ihrer Ansicht nach die Öffentlichkeit ausreichend informiert, sodass man dann gegebenenfalls handlungsfähig ist?

Dann noch eine Frage an Herrn Zuch: Es gibt die fünf neuen Stellen für Rechtsextremismus und Prävention beim Landesverfassungsschutz. Da würde mich interessieren, ob diese Stellen schon besetzt sind, welche Aufgabenfelder konkret wahrgenommen werden sollen und ob es in diesem Bereich noch neue Erkenntnisse, die auch zu dieser Stellenbesetzung führen sollen, gibt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Als Nächster, Herr Taş, bitte!

Hakan Taş (LINKE): Danke, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank auch für die Vorträge. – Wenn man Studien liest, Herr Wehrhahn, Sie haben schon eine Studie erwähnt, nämlich die der Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der mehr als 30 Prozent der Deutschen der Aussage zustimmen, durch die vielen Ausländer werde Deutschland in einem gefährlichen Maß überfremdet, dann erkennt man, dass das eigentliche Problem der alltägliche Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus sind. Diese sind kein Randphänomen, sondern sind bereits in der Gesellschaft verankert. Herr Zuch, da kann der Verfassungsschutz nicht ansetzen. Das können nur zivilgesellschaftliche Initiativen, lokale Projekte und Netzwerke. Für die Verstärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts hat die Koalition zumindest bis jetzt nichts Wirksames unternommen, oder es ist bei mir noch nicht angekommen. Die Koalition setzt anscheinend nach wie vor hauptsächlich auf den Verfassungsschutz, für den Sie sich bedankt haben, Herr Zuch. Der Verfassungsschutz bekommt aus dem schwarz-roten Berliner Haushalt mehr Mitarbeiter und mehr Geld. Die neue Verbunddatei Rechtsextremismus wird als Allheilmittel verkauft. Obwohl das ganze Versagen der Verfassungsschutzämter noch nicht aufgearbeitet ist, bekommen sie mehr Ausrüstung und mehr Kompetenzen zum Datensammeln. Das scheint anscheinend Rechtsextremismusprävention nach den NSU-Morden im Land Berlin zu sein.

Jetzt einige Fragen, zuerst an die mbr: Was kann man in Berlin konkret tun, um die Bedingungen für Projekte und Initiativen wie die mbr zu verbessern? Welche Defizite gibt es bei bezirklichen Netzwerken? Welche Erfolge und Probleme gibt es bei der Bekämpfung der rechten Szene in einzelnen Kiezen wie z. B. Schöneweide? Wie kann man konkret ansetzen, um die Arbeit auf dieser Ebene tatsächlich zu verbessern? Was ist der aktuelle Stand bei der Extremismusklausel? Welchen Einfluss hat das auf die Zusammenarbeit zwischen den geförderten Projekten und den staatlichen Stellen oder die Zusammenarbeit untereinander? Sie haben sich darüber gefreut, dass der Berliner Senat einen Großteil der Finanzierung zukünftig übernommen hat, aber Ihnen wird es sicherlich auch bekannt sein, dass der Berliner Senat, auch die Koalitionsfraktionen, gegen die ersatzlose Streichung der Extremismusklausel in Berlin sind, oder sie werden sich dafür zumindest nicht stark machen. Insofern, wie wird die Strukturförderung solcher Projekte zukünftig aussehen? Vielleicht kann die Senatorin in der Stellungnahme etwas dazu sagen.

Anschließend noch mal an alle: Wo zeigen sich noch Defizite hinsichtlich der Sensibilität für Rechtsextremismus in den Behörden, insbesondere bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft

oder den Gerichten? Was kann man tun, um das zu ändern? Bringen Schulungen in diesem Bereich etwas? Wir erleben das Phänomen, dass die Annahmen über die Zahl der Opfer rechter Gewalt stark auseinandergehen. Da gibt es die offiziellen Zahlen und auf der anderen Seite die Zahlen von Ihnen, von der mbr. Das ist z. B. auch in einem Artikel im „Tagesspiegel“ erwähnt. Die Bundesregierung und auch der Berliner Senat gehen nach wie vor von weit weniger Opfern aus, als etwa die Amadeu-Antonio-Stiftung. Spricht das nicht dafür, dass man die Beobachtung rechter Gewalt zumindest auf neue Füße stellen sollte, wie etwa durch die Schaffung einer unabhängigen, wissenschaftlich orientierten Forschungs- und Dokumentationsstelle? Wie stehen Sie alle dazu? – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Taş! – Ich würde gerne an dieser Stelle die Redeliste schließen. Wir müssten auch noch zur Beantwortung kommen und hätten noch ein paar Anträge, über die wir reden müssen. Wenn das hier Ihre Zustimmung findet, dann verfahren wir so. Sie, Frau Senatorin, wollten am Ende noch etwas sagen. Das ist auch möglich. – Herr Dregger, bitte!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte es ganz kurz machen. Ich möchte mich erst einmal bedanken. Ich glaube, wir haben heute über drei interessante Aspekte von drei verschiedenen Akteuren in dem Bereich gehört und damit einen guten Rahmen bekommen. Ich freue mich auch, dass wir es aus Sicht der Sicherheitsbehörden bekommen haben, aber nicht nur, sondern auch derjenigen, die sich zivilgesellschaftlich gegen Rechtsextremismus engagieren. Ich fand das sehr aufschlussreich. – Ich möchte ein Anmerkung dazu machen: Unsere sittliche Haltung als Abgeordnete und als Zivilgesellschaft ist klar. Wir sind klar gegen Rechtsextremismus. Ich glaube, wir dürfen nicht nachlassen, das deutlich zu machen. Das heißt auch, dass wir die Projekte und Sicherheitsbehörden, die in diesem Auftrag arbeiten, entsprechend ausstatten. Das ist allerdings geschehen, lieber Herr Taş, und das sollten wir auch zur Kenntnis nehmen. Ich sage das auch deswegen, weil nach den NSU-Morden in Deutschland in der öffentlichen Diskussion der Eindruck entstanden ist, dass das Land offenbar zulässt, dass Zuwanderer hingerichtet werden, ohne etwas zu unternehmen. Ich finde es richtig, dass wir diese fehlerhafte Bearbeitung der rechtsextremistischen Terrorzellen brandmarken und aufarbeiten, aber ich finde es auch wichtig, dass wir deutlich machen, was dieses Land alles leistet, um gegen Rechtsextremismus erfolgreich vorzugehen. Deswegen bin ich für Ihre Anmerkung, Herr Chung, auch sehr dankbar, dass Sie darauf hingewiesen haben, welche Erfolge erzielt worden sind.

Meine Fragen, die ich kurz anschließen möchte, insbesondere an die beiden Vertreter der Projekte, Herr Chung und Herr Wehrhahn, sind: Wenn Sie nach heutigem Kenntnisstand sagen, was ist besonders wichtig als Präventionsmaßnahme gegen Rechtsextremismus, besonders bei Jugendlichen und jungen Leuten, was wäre für Sie das Wirksamste? Wir haben eine Vielfalt an Aktivitäten und Projekten, und manch einem von uns mag es schwer fallen, noch den Überblick zu bewahren. Was ist prioritär nach dem heutigen Kenntnisstand? – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Dregger! – Frau Sommer, bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Gestatten Sie mir vorweg einige Bemerkungen zu den NSU-Morden in Zusammenhang mit den Behörden zu machen. – Fest steht, dass eine Nazi-Terrorbande über viele Jahre hinweg, 13 Jahre und noch mehr, gemordet hat. Fest steht, dass sie das offensichtlich unter den Augen des deutschen Inlandgeheimdienstes, der sich Verfas-

sungsschutz nennt, getan hat. Fest steht ganz offensichtlich, dass die deutschen Behörden mit der Überwachung des sogenannten islamischen Terrorismus und dem sogenannten Links-extremismus beschäftigt waren, aber sich für Rechts nicht interessiert haben. Wir haben in diesen ganzen Diskussionen immer wieder darauf verwiesen, dass sozusagen diese Behörden über Jahre hinweg auf dem rechten Auge blind waren. – Drei Punkte in diesem Zusammenhang möchte ich noch mal erwähnen. Punkt eins: Insbesondere Menschen aus der Türkei sind nach diesen schrecklichen Morden sehr misstrauisch gegenüber diesen Behörden. Das betrifft auch Berlinerinnen und Berliner. Immerhin sind sie hier die größte Bevölkerungsgruppe der Zugewanderten. Da müssen wir auch hier fragen: Was machen der Senat und auch die betroffenen Behörden, um das Vertrauen wiederzugewinnen? Natürlich ist der Untersuchungsausschuss, dafür haben wir uns auch im Bundestag eingesetzt, richtig, um hier Aufklärung zu leisten. Auf der anderen Seite hat die Behörde, nachdem der Vorfall bekannt wurde, Akten zerschreddert usw. Das führt natürlich nicht dazu, dass man wieder Vertrauen gewinnt. Da ist natürlich auch Berlin gefragt. Was tun Sie, um das Vertrauen der Menschen wieder zu gewinnen, die insbesondere aus der Türkei stammen?

Punkt zwei, Bedrohungen ernst nehmen. – Wir haben hier zahlreiche Politikerinnen und Politiker aus der Zivilgesellschaft, Persönlichkeiten, die sich über Jahre hinweg gegen Nazis zur Wehr setzten. Sie werden bedroht. Sie werden eingeschüchtert. Da sehe ich, dass in Berlin in dieser Hinsicht die Gefahren nicht ernst genommen werden. Als Beispiel, Herr Wehrhahn hat es auch gesagt: Die autonomen Nationalisten haben im Internet eine Seite, diese sogenannte Feindesliste, auf der sie die Menschen, die sich engagieren, namentlich und auch mit Bildern aufgelistet haben. Darunter befinde ich mich auch, insbesondere auf dem Banner. Ich habe in diesem Zusammenhang fünf Strafanträge gestellt. Die wurden lapidar eingestellt, mit der Begründung: Den Server, den Betreiber kriegen wir nicht. – Ich finde das nicht in Ordnung. Man muss mit den Bedrohungen und diesen Sachen, wo wir öffentlich angegriffen werden, auch ernsthaft umgehen. Das geschieht mir in Berlin viel zu wenig.

Punkt drei – zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. – Da sehe ich auch, dass Berlin in diesem Zusammenhang auch nicht viel leistet bzw. sich, was die Extremismusklausel betrifft, auch keinen Namen gemacht hat, das konkret abzulehnen, denn das diskreditiert die Projekte, stellt die Projekte wie die mdr und andere unter Verdacht, die sich mit diesem Thema beschäftigen und insbesondere auch Menschen informieren, die sich in Gefahrensituationen befinden, die bedroht werden und auf deutschen Internetseiten auftauchen. Wenn die mdr nicht gewesen wäre, wüsste ich nicht, dass ich auf dieser Seite bin und dass ich da bedroht werde usw. Wir müssen die Gegenstrukturen, die wir in Berlin haben, stärken und nicht unter Verdacht stellen.

Gestatten Sie mir zum Schluss eine Bemerkung zur zentralen Datei. – Mit diesen populistischen Maßnahmen schaffen wir auch kein Vertrauen. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, diese Truppe, Terrorbande, war den Behörden bekannt. Was soll man denn noch machen, wenn diese Verbrecher und Nazis schon bekannt sind, wenn das nicht ernst genommen wird, nicht verfolgt wird usw. und auch staatliche Behörden darin verstrickt sind? Das muss ich hier auch mal erwähnen. Da nützt mir auch keine zentrale Datei. Da nützt mir eher, die Zivilgesellschaft aufzurütteln, das Vertrauen wiederzugewinnen usw.

In dem Zusammenhang möchte ich Sie fragen: Was wollen Sie konkret tun? Wir haben in Berlin eine andere Behördensituation. Wir haben, nicht wie andere Bundesländer, den Verfas-

sungsschutz als solches. Das ist einer Behörde sozusagen angegliedert worden, wie in Thüringen. Wir haben eine Behörde in der Senatsverwaltung. – [Zuruf: Richtig!] – Ja, so meinte ich das, Verfassungsschutz. Das finde ich gut. Wie beurteilen Sie das, Herr Zuch? Finden Sie die Struktur, die wir in Berlin haben, gut, und andere Bundesländer sollten sich ein Beispiel daran nehmen? Oder wie schätzen Sie das ein, und wie ist Ihre Meinung dazu? – Vielen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Frau Bayram, die ich hier als Gast in unserem Ausschuss herzlich begrüße, bitte sehr!

Canan Bayram (GRÜNE): Ich möchte, weil Sie sich bedankt haben, gleich schon mal sagen, dass wir Grünen gegen mehr Mitarbeiter beim Verfassungsschutz waren, weil es zumindest mal die Frage hätte geben müssen: Wie erfolgreich ist das Instrument, mehr oder überhaupt Verfassungsschutz, bevor man gleich erst einmal die Gelegenheit nutzt, das Personal aufzustoßen? – Das als kurze Einleitung.

Einige Fragen sind für mich weiterhin noch wichtig und bislang nicht beantwortet, auch wenn sie thematisch insbesondere von den Abgeordnetenkollegen schon angesprochen wurden – die Erfassung der rechts motivierten Straftaten. Da gibt es immer noch eine große Diskrepanz zwischen den vom ReachOut erfassten oder auch von örtlichen Registern wie z. B. in Friedrichshain erfassten Taten und den bei der Polizei tatsächlich gemeldeten oder in der Statistik der Polizei erwähnten. Sieht dort der Senat Handlungsbedarf? Wie bewerten das auch die Anzuhörenden? Müsste da nicht auch noch mal genauer nachgefasst werden, wie man diese Diskrepanz auflösen kann?

Dann wurde hier der Ratschlag erwähnt. Da würde mich interessieren, ob der in unveränderter Form fortgesetzt werden soll, denn das ist ja etwas, was schon vor vielen Jahren eingerichtet wurde. Dann würde mich auch noch interessieren, ob die sich noch mal spezifisch mit NSU-Morden beschäftigen werden, ob Sie uns da vielleicht schon mal verraten können, ob es da demnächst eine Veranstaltung oder auch Aktion gibt, dass der Ratschlag sich insbesondere mit den NSU-Morden beschäftigt. Mir ist das noch nicht bekannt.

Ich bin Frau Sommer dankbar, dass sie das hier noch mal ausführlich dargestellt hat, dass es auch strukturelle Schwierigkeiten bei den Sicherheitsbehörden gab, dass solche Morde jahrelang passieren konnten, weil es Kommunikationsdefizite gab. Die gingen sogar so weit, dass sie nach Aufdeckung der Dinge zur Aktenschredderei geführt haben usw. Da scheint Kommunikation nicht so bestens organisiert zu sein. Da würde mich natürlich, auch in Kenntnis dessen, dass es ein bundespolitisches Thema ist, interessieren: Beteiligt sich Berlin an der Aufbereitung dieser Missstände? Oder, was ich mir sogar noch wünschen würde, gibt es eigene Strategien des Landes Berlin, wie man sich da besser aufstellen kann? Ein Aspekt in Richtung Auflösung der Verfassungsschutzbehörden als Kompromisslösung – so habe ich Frau Sommer verstanden – wäre eine Abteilung statt einer ganzen Landesbehörde. Aber das sind Gedanken, die man haben kann. Ich kann mir noch weitergehende Gedanken der Verkleinerung der Abteilung vorstellen. Das sind dann aber Anregungen, die wir gerne mitgeben. Da würde es mich nur interessieren – da haben wir heute auch Glück, dass wir den Zuständigen in der Innenverwaltung für das Thema hier haben –, wie Sie das bewerten.

Ein Aspekt, der schon angesprochen wurde, der mich interessieren würde, ist: Welche konkreten Schritte werden von den Sicherheitsbehörden unternommen, um das verlorene Ver-

trauen wieder herzustellen? Dem vorausgehend kann man sagen: Jetzt ist es natürlich so, weil wir wegen unserer türkischen Wurzeln einen anderen Zugang zur Community haben, auch sprachbarrierefreier. Das heißt, wir hören das alles. Kümmern Sie sich auch darum? Erheben Sie dazu etwas? Untersuchen Sie, ob dieses Vertrauen verlorengegangen ist? Das wäre vielleicht auch der erste Schritt, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Deswegen würde mich interessieren, was in Ihrem Hause dazu geplant ist, wobei ich auch gleich anmerken will, dass ich es sehr begrüße, was dort in der Polizei derzeit erarbeitet wird. Da wurde uns im Innenausschuss gesagt, dass es eine Konzeption geben soll, die interkulturelle Öffnung dort voranzutreiben. Man muss ja auch das Positive wertschätzen.

Jetzt habe ich eine ganz konkrete Frage: Sie haben in Ihrem Vortrag erwähnt, dass der Verfassungsschutz durch Präsenz präventiv wirkt. Mir fehlt die Phantasie, mir das vorzustellen. Vielleicht können Sie mir dafür ein konkretes Beispiel nennen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Bayram! – Als Letzte, bevor der Senat noch mal das Wort hat, Frau Dr. Kahlefeld, bitte!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Jetzt ist ganz vieles schon gesagt und vor allen Dingen auch gefragt worden. Ich würde gerne nur auf einen Punkt hinweisen oder an einem Punkt anknüpfen, den Herr Chung genannt hat. Wie gestaltet sich das gemeinsame politische Engagement in der vielfältig gewordenen Zuwanderungsgesellschaft gegen Rechts und gegen Fremden- und Gruppenfeindlichkeit, also auch Gruppengewalt? Ich habe das in Neukölln in der Vorbereitung auf die Demonstrationen am Wochenende so wahrgenommen, dass die Polizei in der Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden sehr gut hinkommen hat, diese Gegendemonstration zu organisieren. Das ist ein Beispiel dafür, dass es funktionieren kann, wenn man über die Jahre lernt, aufeinander zuzugehen. Das war ein langer Prozess, bis das so weit ging. – Sie haben gerade so geguckt. Dann wüsste ich gerne, warum, weil bei mir offensichtlich nur das Positive angekommen ist. Meine Frage knüpft sich aber daran, wenn da Dinge positiv gelaufen sind, wenn da gut zusammengearbeitet worden ist, warum gibt es dann auf den Demonstrationen immer noch Polizisten, die Menschen, die diesem Schemata entsprechen, von denen Sie auch gesprochen haben, also die ganz offensichtlich danach aussehen, dass sie einen türkischen oder arabischen Hintergrund haben, aus diesen Ländern kommen, am Rande doch angepöbelt, ausgegrenzt oder unhöflich von der Demonstration weggeschickt werden, was leider auch mehrfach passiert ist? Warum passiert das dann trotzdem immer noch? Man hat mir dann gesagt, ich soll nicht nölen, das seien Polizisten, die aus anderen Bundesländern ausgeliehen worden sind, aber da wüsste ich doch gerne, was da der Hintergrund ist.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön! – Frau Kitschun, bitte!

Dr. Susanne Kitschun (SPD): Da jetzt die Debatte alle kommentiert haben, würden wir das seitens der SPD-Fraktion auch noch mal tun. Was ich ein bisschen schade finde, ist: Der Fokus war eigentlich Prävention, was der Schwerpunkt in diesem Ausschuss ist. Jetzt driftet es für uns einfach in den Bereich Intervention, was auch wichtig ist, aber auch in anderen Ausschüssen diskutiert wird. Deswegen war es für uns wichtig, dass wir in der praktischen Arbeit auch mit dem Landesprogramm immer Wege gefunden haben, dass die Projekte trotz Extremismusklausel arbeiten können. Es wurde hier niemand gezwungen, so etwas zu unterschreiben. Das war unter Rot-Rot so, und das ist immer noch so. Es ist uns wichtig, das noch mal

festzuhalten, dass wir da eine klare Position haben und natürlich auch die Untersuchungsarbeit und alles, was die NSU-Morde betrifft, auf Bundesebene unterstützen. Aber das ist, denke ich, eine Thema für andere Ausschüsse. Wichtig ist uns gewesen, hier auch noch mal zur Kenntnis zu nehmen, ein positives Feedback auch für die präventive Arbeit in Berlin zu bekommen und das, was wir mitnehmen können an sich verändernden Problemlagen, auch für die Weiterentwicklung der Landeskonzeption, die wir uns für diese Wahlperiode auch vorgenommen haben. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Ich würde die Statement- und Fragerunde jetzt gerne abschließen. Der Senat hat das Wort. – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch ich möchte mich dem Dank für Ihre Stellungnahmen anschließen. Das hat eigentlich die Situation in Berlin sehr gut wiedergegeben, auch aus Sicht des Senats, dass Sie darauf ansetzen, was Berlin schon leistet und vorgebracht hat. Ich denke, wir fangen hier nicht von vorne an, sondern können auch im Zusammenhang mit den NSU-Mordtaten, wenn man eine nüchterne Bestandsaufnahme machen will, feststellen, dass wir hier schon sehr erfolgreich und sehr weit sind bis hin, dass man sagen kann, dass es gerade rechtsextreme Strukturen in Berlin schwer haben, Fuß zu fassen. Sie tauchen auf. Sie sind aktiv, aber es gibt auch hier sehr viele Möglichkeiten, mit positiven Beispielen dagegen zu wirken.

Ich möchte mich auch bedanken, dass Sie, Herr Wehrhahn, gerade auch den Sachverhalt Rassismus in den Mittelpunkt gestellt haben, dass es hier um viel mehr geht, als um einzelne rechtsextreme Gewalttaten, über die wir dann reden müssen als Ergebnis, sondern dass Rassismus an sich ein Problem ist und auch im Alltag schon beginnt und dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ich glaube, das muss man in dem Zusammenhang auch in den Kontext stellen, weil das schon eine etwas breiter gefasste Thematik ist, auf die Frage hin: Was macht der Senat? – Genau da setzen wir an. Das heißt, wir setzen schon bei Antidiskriminierung an. Deswegen ist es uns auch ganz wichtig, dass wir mit einem Beratungsnetzwerk in Berlin auch da gut aufgestellt sind, dass Menschen, die Diskriminierung im Alltag erfahren, hier auch Hilfestellungen bekommen.

Bedanken möchte ich mich auch dafür, dass Sie hier auch wiedergegeben haben, wie die Situation in Berlin ist. Ich glaube, am Samstag haben wir alle erfahren, dass „Pro Deutschland“ nicht mit Erfolg dort durchmarschieren konnte, dass es sehr viele Bürgerinnen und Bürger gibt, sehr viele Initiativen, aber auch die Polizei sich an der Stelle nicht nur auf die repressive Aufgabe zurückzieht, sondern auch präventiv vor Ort mitarbeitet, dass eben solche Strukturen entstehen, dass dann sowohl NPD-Märsche wie im Weitingkiez und das, was wir in Neukölln erlebt haben, erfolgreich verhindert werden kann. Das müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen, dass wir hier auch wirklich gut aufgestellt sind. All das ist nicht von alleine passiert, sondern das ist ein Schwerpunkt jahrelanger Landespolitik mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gewesen. Wir haben hier auf ein Programm gesetzt, das erfolgreich ist. Wir haben auf Prävention gesetzt. Wir haben auf die Stärkung von demokratischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen gesetzt. Wir haben vor allem auch auf den Opferschutz gesetzt.

An den letzten Punkt will ich anknüpfen. Ich denke, das ist ein Thema, das wir uns noch mal genauer anschauen müssen, dass wir die Einzelerfahrungen in den Beratungsstellen stärker in die Arbeit der Polizei integrieren können. Auch ich als Integrations senatorin, wo das Thema Kulturelle Öffnung ein ganz großes Thema ist, kann feststellen, dass bei der Polizei in diesem Bereich, wie Herr Zuch auch dargestellt hat, und auch von einigen Abgeordneten hier schon wiedergegeben worden ist, sehr viel passiert an Schulungen, dass sie ihre Aufgaben in der Polizei nicht nur im Repressionsbereich sehen, sondern auch im Präventionsbereich. Aber dennoch müssen wir die Ideen und die Anregungen, die heute hier noch mal entstanden sind, aufgreifen und gucken: Wie können wir hier zu einer noch besseren Situation kommen, dass dann, wenn einzelne Opfer da sind, sie nicht selber in Verdacht sind, oder die Sensibilität nicht da ist? Herr Chung, Sie haben hier einen sehr zutreffenden Satz gesagt, dass Kultur Schutz vor Diskriminierung sein muss, und das ist eine sehr grundlegende Haltung. Das muss

– glaube ich – insgesamt in vielen Bereichen, auch der Sicherheitsbehörden, eine noch stärkere Verankerung bekommen. Das sehe ich als eine weitere Aufgabe.

Das Land Berlin hat das Landesprogramm evaluieren lassen. Das wissen Sie. Die Ergebnisse kennen Sie. Wir haben eine sehr positive Bestätigung bekommen, dass wir mit diesem Landesprogramm auf einem guten Weg sind. Da gab es auch neue Anregungen. Das werden wir jetzt natürlich auch mit aufgreifen, aber insgesamt ist unser Landesprogramm sehr erfolgreich. Auch mit Unterstützung des Parlaments konnten wir die 2,3 Millionen Euro sicherstellen. So viel zum Thema Planungssicherheit. – Auch in den vergangenen Jahren hatte in der Politik, egal, welche politische Konstellation gerade an der Regierung war, das Landesprogramm eine sehr hohe Priorität, dass dort nicht gekürzt wird und die Mittel gesichert werden. Das haben wir auch dieses Mal geschafft. Das muss man an dieser Stelle stolz und positiv noch mal zur Kenntnis geben. Es werden dort mehr als 40 Projekte finanziert. Zwei sitzen hier vor uns. Sie werden auch mit Landesmitteln unterstützt. Aber auch „Ratschlag“ ist ein Forum, wo neben all den Initiativen und Projekten, die wir gezielt fördern, bestimmte Persönlichkeiten zusammenkommen und sagen: Zum Thema „Demokratie stärken“ wollen wir uns auch einbringen. – Das ist auch noch eine zusätzliche und andere Ebene. Wir werden unser Landesprogramm weiter fortführen. Wir werden die Anregungen, die heute aus der Anhörung herausgekommen sind, aufgreifen und sehen, dass wir noch besser werden. Aber ich denke, dass der Senat und auch das Parlament insgesamt hier sehr gut aufgestellt sind.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Ich bitte nun die Anzuhörenden, zu antworten. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, das Ganze nicht noch einmal als Koreferat aufzuziehen, sondern auf die Fragen zu antworten. Das würde uns sehr helfen, weil wir natürlich immer das Problem der ganz klar festgesteckten Zeit haben, die wir in einem Ausschuss dafür haben. Das ist meine herzliche Bitte an Sie. Was Sie daraus machen, bleibt natürlich Ihnen überlassen. Ich würde dieses Mal in umgekehrter Reihenfolge verfahren und mit Herrn Zuch beginnen. – Bitte sehr!

Klaus Zuch (SenInnSport): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich werde mich bemühen, es kurz zu machen. Ich habe allerdings 25 Fragen mitgeschrieben. Wenn ich die alle beantworten soll, muss ich auch die Gelegenheit dazu bekommen. Ich versuche, der Reihenfolge nach vorzugehen und versuche auch, die Dinge zusammenzufassen, sofern das möglich ist.

Frau Dr. Kitschun, Sie hatten danach gefragt, ob ich sagen kann, wie die Quoten beim Besuch der Schulungen im Bereich des TiK-Projekts sind. Ich kann Ihnen keine exakte Zahl benennen. Ich kann Ihnen aber sagen, dieses TiK-Projekt wird mit einem hohen Fokus bei der Polizei seit dem Jahr 2003 mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, auch großen Abschlussveranstaltungen durchgeführt, an denen unter anderem alle Führungskräfte teilgenommen haben, also eine Vielzahl von Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten hat an diesen entsprechenden Schulungen teilgenommen. Wenn Sie das ganz genau wissen möchten, können wir vielleicht vereinbaren, dass ich versuche, die Zahl zu ermitteln, wenn sie denn irgendwo erfasst ist.

Zur Frage „Wie sieht es aus beim Nichterkennen von Hintergründen rechtsextremistischer Straftaten oder beim Umgang mit Opfern in entsprechenden Fällen?“ – Das ist natürlich so eine Sache. Auf der einen Seite haben wir Fachdienststellen, die sich sehr kompetent mit diesem Phänomen beschäftigen und auch die Einzelheiten kennen. Auf der anderen Seite werden

immer wieder Fälle berichtet, wo genau der Effekt eintritt, den Sie auch beschrieben haben. Die Polizeibeamten, die vor Ort einschreiten, erkennen die Hintergründe nicht, verhalten sich unangemessen und ähnliche Dinge mehr. Das sind alles Sachverhalte, so sie der Behördenleitung und auch uns bekannt werden, denen nachgegangen wird, und ich kann Ihnen wirklich versichern, mit absolutem Nachdruck. Es liegt nicht im Interesse weder der Berliner Polizei noch überhaupt der Behörden, solche Sachverhalte unaufgeklärt zu lassen. Wir kümmern uns darum. Manchmal erfahren wir es aber.

Was die Frage der Anschläge in Treptow betrifft: Es ist gerade in den letzten Tagen über eine Reihe von Straftaten, Angriffe auf Büros, Sachbeschädigung, Scheiben einschlagen, Briefkästen zersprengt und Ähnliches mehr berichtet worden. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungsverfahren in diesem Zusammenhang eingeleitet, und die Ermittlungen laufen noch unmittelbar. Jetzt schon seriös Schlüsse daraus zu ziehen, dazu sehe ich mich im Moment nicht in der Lage.

Ich will darauf hinweisen, dass Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, übrigens aus allen Bundesländern, im Rahmen ihrer Ausbildung auch mit der Thematik Nationalsozialismus, Rechtsextremismus im Unterricht entsprechend zu tun haben. Wir besuchen mit den jungen Kolleginnen und Kollegen die Gedenkstätte in Oranienburg. Wir haben im Bereich der politischen Bildung einen großen Block, der sich mit diesem Themenfeld beschäftigt: Wie erkennt man die Symbole? Wie geht man damit um? Wie geht man auch mit Zeugen, mit Opfern in einer solchen Situation um? – Trotzdem passieren Einzelfälle, die man sich natürlich nicht wünscht.

Ich glaube, Herr Reinhardt hatte gefragt, wie es mit der Besetzung der Stellen, die neu hinzugekommen sind, aussieht. – Ich empfehle, das im Einzelnen vielleicht mal im Verfassungsschutzausschuss zu klären. Ich kann Ihnen aus meiner Kenntnis sagen, dass die Stellen noch nicht besetzt sind. Das liegt beim Verfassungsschutz aber, wenn ich das richtig sehe, daran, dass das erstens ausgeschrieben werden muss, und zweitens folgt dem noch zusätzlich eine lange Sicherheitsüberprüfungsphase, sonst kann man da nicht Mitarbeiter werden. Sie nicken, Herr Taş. Es ist so, das war auch der Stand.

Von Herrn Taş und Frau Sommer ist die Verbunddatei angesprochen worden. Man kann aus meiner Sicht nicht auf der einen Seite beklagen, dass es einen mangelnden Informationsaustausch gibt und auf der anderen Seite sagen, jetzt haben die Behörden aber diese Zentraldatei bekommen, das will man aber auch nicht. Diese gemeinsame Datei in Zusammenhang mit Rechtsextremismus ist eine Datei, in der nur bereits erhobenen Daten – ich sagte es vorhin – nach dem Vorbild der Antiterrordatei gespeichert werden. Also, alle Sicherheitsbehörden, Polizei, Nachrichtendienst und Ähnliches mehr, speichern bekannte Daten in dieser Datei. Ich kann Ihnen mindestens aus dem islamistischen Terrorismusbereich, aus diesem Phänomen, aus eigener Erfahrung sagen: Das ist ein absoluter Vorteil, denn man bekommt andere Einblicke in Datenlagen, als man sie bisher hatte. Natürlich gibt es Informationsaustausche. Das ist auch auf anderem Wege geregelt, aber man bekommt es hier viel schneller. Der zweite Vorteil, der hinzukommt, ist, dieses gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus führt dazu, dass die Mitarbeiter täglich zusammen sind. Sie sprechen sich über Lagen ab. Sie sprechen über Phänomene und orientieren sich auch daran, was auf den verschiedenen Schienen operativ gemacht werden kann. Ich finde, das ist eine Sache, die sollte man nicht herunterspielen, sondern die hat sehr wohl entsprechend ihren Wert.

Es ist auf die Zahlen hingewiesen worden, die in der Verfassung auseinandergehen. Ich weiß, auch unser Senator hat sich dazu geäußert. Wir prüfen das. Das ist im Zusammenhang mit der Tötungsliste, der sogenannten Jansenliste, auch schon mal im Innenausschuss erörtert worden. Das Bundeskriminalamt und die Länder werden das retrograd auf jeden einzelnen Fall betrachten und noch mal entsprechend aufklären. Bei Statistiken ist es immer so, Sie brauchen natürlich irgendwo eine Erfassungsgrundlage. Sie müssen ein Phänomen irgendwie beschreiben, um dann sagen zu können: Wie erfasse ich das? In dem Definitionssystem politisch motivierte Kriminalität ist das manchmal außerordentlich schwierig. Das mag ein Grund dafür sein, dass vielleicht nicht alle Fälle drin sind. Die Polizei bemüht sich nach bundeseinheitlichen Kriterien, diese Fälle zu erfassen, und wenn es Hinweise darauf gibt, dass da irgendwelche Sachen nicht erfasst wurden, dann geht man dem nach und überprüft das. Das machen dann Fachdienststellen. Ich glaube, darauf kann man sich auch verlassen.

Frau Sommer, Sie fragten nach der Anbindung der Verfassungsschutzabteilung im Ministerium. – Das ist eine der Fragen, wo ich mir wünschen würde, dass Sie die lieber an den Senator stellen würden. Ich sage Ihnen aber ganz klar: Erstens ist nicht daran gedacht, die Abteilung zu verkleinern. Zweitens haben wir in Berlin die Organisationsform seinerzeit – ungefähr im Jahre 2000 – so gewählt, dass hier der Verfassungsschutz als Abteilung der Innenverwaltung aufgebaut ist. Das hat ungefähr die Hälfte der Bundesländer in dieser Form organisiert. Die andere Hälfte hat nachgeordnete Ämter, wie wir es früher auch hatten. Ich sehe das als eine sehr vorteilhafte Geschichte an, weil ich mit der Kollegin Schmid aus der Nachbarabteilung sehr eng zusammenarbeite und diesem Zusammenhang die Information über die politische Leitung gegenseitig sehr schnell fließen kann.

Frau Bayram hatte nach der Beteiligung Berlins bei der Aufarbeitung gefragt. – Auf Verfassungsschutzebene ist Frau Schmid in Gremien vertreten, die sich genau mit dieser Themenstellung beschäftigen. Sie wissen, dass das Bundesministerium des Innern über die Schiene Bundesamt für Verfassungsschutz mit den Ländern genau über die Fragen nachdenkt, die hier artikuliert wurden: Was kann man in der Zusammenarbeit verbessern? Wie muss die Auswertungskompetenz bei den Verfassungsschutzbehörden verbessert werden? Wie bekommt man den Informationsaustausch effektiver hin? Wo gibt es Defizite auf diesem Feld? Wo gibt es Defizite auch in der Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden? Das alles wird vom BMI aus gesteuert und im Moment geprüft und wird auch Gegenstand der Befassung der nächsten Innenministerkonferenz sein. Berlin ist da zum einen auf der Ebene der Minister und Senatoren und zum anderen auf der Ebene der Abteilungsleitung des Verfassungsschutzes, entsprechend Frau Schmid in Person, beteiligt.

Die Geschichte, wie der Verfassungsschutz durch Präsenz präventiv wirkt, ist offensichtlich ein Missverständnis gewesen, Frau Bayram. Der Verfassungsschutz ist eine demokratische Einrichtung und Behörde. Der tritt nicht nur verdeckt irgendwo auf und man erkennt ihn nicht, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung II gehen als Berliner Verfassungsschutz offen in Veranstaltungen und sorgen da natürlich auch für präventive Effekte, indem sie informieren und Ähnliches mehr.

Ich glaube, ich haben vieles von dem erfasst. Erinnern Sie mich bitte, falls noch irgendetwas fehlt. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Zuch! – Als Nächster, Herr Chung, bitte!

Carl Chung (Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration, Ostkreuz): Ich habe es vorhin aufgegeben, mir alle Fragen einzeln aufzuschreiben und dann in irgendeine Reihenfolge zu bringen. Deswegen habe ich mich jetzt eher an Blöcken orientiert. – Der erste Punkt: Wo sind Sicherheitsbehörden selbst Problem, nicht der rechtsextremen Gewalt, sondern im Bereich der Diskriminierung? – Das sind völlig verschiedene Felder, wenn man genauer hinguckt. Was haben Profiling, Vorgaben, Anweisungen usw. mit Verhaltensmustern von Polizistinnen und Polizisten zu tun? – Das hat etwas miteinander zu tun, weil es die Glaubwürdigkeit einer Antidiskriminierungslinie verletzt, wenn man Dienstanweisungen hat, die im AGG im Prinzip zuwider laufen. Allerdings würde ich auch nicht sagen, denn die Polizei guckt ja nach konkreten Erfahrungen, womit sie Erfolge erzielen können, die von der Politik gefordert sind. Wenn die Politik das nicht will, dann wäre es an der Politik, sich die Dienstanweisungen etwa nach AGG-Kriterien vorzunehmen und entsprechende rechtliche Schritte zu unternehmen. Dafür gibt es in Berlin eine Legislative, die für die Polizei zuständig ist, und da kann man auch entsprechend aktiv werden. Ich glaube aber, dafür zuständig ist nicht der hiesige Ausschuss. Es ist aber etwas, wo in der Richtung etwas getan werden könnte.

Sollte eine Forschungs- und Dokumentationsstelle – jetzt habe ich die Frage und die Intention nicht 100-prozentig verstanden – als Ersatz für den Verfassungsschutz oder nicht als Ersatz für den Verfassungsschutz eingerichtet werden? – Ich finde, unabhängige Forschungs- und Dokumentationsstellen gut. Als Ersatz für den Verfassungsschutz finde ich sie nicht gut. Ich finde es auch ganz schwierig – darauf komme ich gleich noch mal –, von der Zivilgesellschaft im Prinzip Sachen zu erwarten, die zum Teil noch praktiziert werden, die auf so etwas wie extralegale nachrichtendienstliche Tätigkeiten hinauslaufen. Das möchte ich gerne auf einer rechtsstaatlichen Grundlage gesichert sehen und nicht nach Willkür – darum kümmert sich jetzt die Zivilgesellschaft. Wenn diese Grenze klar ist, dann kann man entsprechend auch Aufgaben aufteilen. Aber der Sinn, den ich in Polizei und auch Verfassungsschutz sehe, ist die Möglichkeit, sich Informationen auf Wegen zu beschaffen, die ansonsten für andere illegal wären, aber in einem gesetzlich begrenzten Rahmen und mit einer Pflicht der Information der Legislative. Wenn es da noch hapert, ist das auch ein anderer Ausschuss, der dafür zuständig ist, aber dann sollte da nachgebessert werden. Ersatz fände ich nicht so richtig gut.

Schulungen – ich weiß es nicht genau. Mit Schulungen wird die Polizei, zum Teil auch der Verfassungsschutz, überzogen. Ich bin nicht mehr so sicher, dass die punktuellen Schulungen so wahnsinnig viel bringen. Ich finde die Integration, die angestrebt werden soll, dass das in die Polizeiausbildung einbezogen wird, richtig. Ich denke aber, es geht auch um eine Reflektion von Tätigkeiten und eher eine Beratung von außen. Da liegt es auch an der Polizei, sich so etwas entsprechend heranzuziehen. Immerhin gibt es ja bezahlte Projekte durch das Landes- und Bundesprogramm, die dafür auch zur Verfügung stünden.

Ich bin ein bisschen skeptisch was die Ausweitung der Tätigkeiten des Verfassungsschutzes und der Polizei in Bildungstätigkeiten und Workshops in Richtung Schüler und öffentliche Einrichtungen betrifft. – Jetzt komme ich zu den Sicherheitsbehörden. Was können sie tun? – Ich finde, der Verfassungsschutz hat eine definierte Aufgabe mit der Information der Öffentlichkeit und vor allen Dingen des Senats. Auch die Präventionsbeamten haben eine definierte Aufgabe. Zu dem, wie Polizisten auftreten, gehört, dass sie dem Legalitätsprinzip unterliegen. Das macht es z. B. ziemlich unmöglich, pädagogisch mit Fallbeispielen umzugehen. Eine Fallbearbeitung – und sei es nicht mit Schülern, sondern mit Lehrerinnen und Lehrern, Sozi-

alpädagogen usw. – wird dann extrem schwierig, wenn man unmittelbar zur Strafverfolgung aufgefordert ist. Im Übrigen ist weder die Ausbildung beim Verfassungsschutz noch bei der Polizei besonders auf Workshops, pädagogische oder didaktische Arbeit im Bereich der politischen Erwachsenenbildung oder Antidiskriminierungstrainings ausgerichtet. Das gehört zusammen. Das schließt nicht aus, dass man kooperiert, aber man sollte schon sehr klar gucken, wo die Rollen der staatlichen Behörden aufhören.

Was ich wichtig fand – ein Beispiel, wo ich etwas gesehen habe, was mir gefallen hat, war, als es die Drohbriefe durch die Reichsdeutschenbewegung gegen die DITIB-Moschee und auch gegen die Jüdische Gemeinde und andere gab, da kam sehr schnell vonseiten der Polizei die Bereitschaft, auch wenn sie nachgefragt wurde, dort erstens mitzuwirken, was die öffentliche Diskussion angeht, zweitens aber auch, als sich die Sicherheitslage problematisch dargestellt hat und es so weit ging, dass Moscheevorstandsmitglieder Angst hatten, in die Moschee zu gehen, dass man das ernst genommen hat und vor Ort gekommen ist. So etwas finde ich richtig und wichtig. Vielleicht ist es wichtig, dass man dafür nicht immer nur Dritte als Vermittler braucht, die das entsprechend organisieren, sondern dass das von vornherein so ernst genommen wird, als wenn es die Jüdische Gemeinde gesagt hätte.

Das sehe ich auch als ein Problem insgesamt bei der Frage: Was kann man bei zunehmender Militanz tun? – Ich würde bei der zunehmenden Militanz noch einmal die Frage stellen: Wertet die Politik die zunehmende Militanz von rechtsextremen Gruppen als Stärke von Rechtsextremisten, oder geht es hier darum, dass die Militanz ein Ausdruck von Schwäche ist, weil man sich nicht mehr deutungsmächtig im Mainstream verankern kann und deswegen auch weniger Rücksicht auf ein bürgerliches Erscheinungsbild oder Ähnliches nimmt? Dann würde ich jetzt vorsichtig unabhängig von Erfolgs- und Misserfolgswertung sagen, es ist ein Problem, und es ist in dem Moment, wo es um massive Straftaten geht, ein Problem, um das sich die entsprechenden Behörden mit der entsprechenden Aufmerksamkeit zu kümmern haben, und das nicht auf die Zivilgesellschaft abzuwälzen ist, damit es nicht in den Geruch kommt, dass man sich gegen rechte Gewalt nur mit Gegengewalt, privat organisiert, wehren könnte. Das wäre aus meiner Sicht ein extrem gefährliches Signal, wo man sehr vorsichtig sein soll. Das heißt, sich entsprechend um die Opfer zu kümmern und sich um eine Polizeipräsenz zu bemühen, wie es dem Vorstand der Moschee auch erklärt wurde. Das ist ein irrer Aufwand, wenn man das bei jedem macht, aber das ist ein notwendiger Aufwand, dass man erklärt, was man unternommen hat und die Leute nicht alleine lässt und dass man sie ernst nimmt.

Ich habe verstanden, dass es eigentlich um Präventionsarbeit nach den NSU-Morden geht. Im Namen meines Trägers möchte ich mich nicht dafür entschuldigen, dass wir die Demokratieerklärung unterschrieben haben, weil das hier so erscheint, als müsste man sich dafür entschuldigen. Ich fühle mich ein bisschen so. Ich kann sagen, warum wir es gemacht haben und warum ich im Namen meines Trägers sagen kann, warum wir damit kein Problem hatten. Das gilt übrigens nicht für alle Träger, weil ich Problempotenziale für andere sehe. Erstens ist der Inhalt dessen, worum es in der Demokratieerklärung ging, Bestandteil der Anlagen zu Bewilligungsbescheiden vorheriger Bundesprogramme gewesen. Das war für uns nicht überraschend und neu, sondern es war etwas, was es vorher auch schon gegeben hat. Die Formulierung, um die es geht, die man als unglücklich oder ideologisch motiviert betrachten kann, wenn man sie als Aufforderung zur extralegalen nachrichtendienstlichen Tätigkeit interpretiert und daraufhin befürchtet, mit Mittelrückforderungen konfrontiert zu werden, haben wir als nicht so bedrohlich empfunden, weil wir geglaubt haben, dass wir vor jedem Gericht be-

stehen können mit einer Aufforderung einer öffentlichen Behörde, wenn es das Risiko gewesen sein sollte, was wir uns nicht wirklich vorstellen konnten, dass uns das Bundesfamilienministerium dazu auffordert, extralegal nachrichtendienstlich tätig zu werden. Aber wenn das hätte passieren können, dann waren wir sehr zuversichtlich, mit einem relativ großen Träger im Rücken jeden Rechtsstreit um eine Mittelrückforderung zu gewinnen, weil wir ganz grundsätzlich dem Anspruch und dem eigentlichen Anliegen, das wir nachvollziehen können, nämlich sorgfältig mit öffentlichen Mitteln umzugehen und dafür zu sorgen, dass, wenn wir Rechtsextremismus bekämpfen sollen, wir nach Möglichkeit damit nicht Menschen oder Gruppen direkt fördern sollen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung engagieren, für deren Entfaltung und für deren Verfassungsnormen wir eintreten, weil wir dieses Anliegen für grundsätzlich legitim hielten. Alles, was darüber hinaus als problematisch an den Formulierungen gerichtsweise festgestellt wurde, haben wir so eingeschätzt, dass wir uns vor Gericht dessen hätten erwehren können, wenn es gegen uns angewandt worden wäre. Das ist der Hintergrund, warum ich hier sagen möchte, wir entschuldigen uns nicht dafür, dass wir es unterschrieben haben und dass wir es möglich gemacht haben, dass die Bundesförderung nicht am Land Berlin vorbeigeht.

Ich habe vorhin darüber gelacht, dass die Polizei Gegendemos organisiert hätte. Ich fände es höchst bedenklich, wenn die Polizei als staatliche Institution zivilgesellschaftliche Demonstrationen organisieren würde, egal wofür oder wogegen. Deswegen habe ich an der Stelle das Gesicht verzogen. Ich denke, dass es wichtig ist, bei allem, was man an Handlungsoptionen und Handlungsnotwendigkeiten sieht, deutlich zu unterscheiden zwischen dem, was ein demokratischer Rechtsstaat tun darf, und wo die Grenzen sind. Und wenn jede rechtspopulistische Äußerung Gegenstand von öffentlich geförderter Gegenwehr ist, dann sollte sich dieses Gremium, dann sollte sich das Abgeordnetenhaus noch mal genau über sein Demokratieverständnis und sein Verständnis davon, was Grundrechte sind, unterhalten. Für mich sind Menschenrechte, so schmerzhaft das im Einzelfall ist, und Grundrechte Rechte, die auch Rechtsextremisten und Rechtspopulisten in Anspruch nehmen können. Deswegen lege ich persönlich Wert darauf, dass der Staat an der Stelle auch Grenzen einhält, und wir gehen entsprechend auch mit öffentlicher Förderung um.

Was ist besonders wichtig bei der Prävention? Was ist der Hintergrund für Erfolge? Diese Frage will ich auf jeden Fall noch beantworten. – Was wir in Marzahn-Hellersdorf gesehen haben, wozu ich am ehesten etwas zu sagen kann, wo auch die Präsenz von Rechtsextremisten im öffentlichen Raum zurückgegangen ist, wo bei Präsenz von biethnischen Partnerschaften im öffentlichen Raum, das ständig Angespuckt- oder Beleidigtwerden zurückgegangen ist, wo die Präsenz von herkunftsheterogenen Jugendgruppen zugenommen hat, da denke ich, war das eine Zusammenarbeit, beispielsweise auch über die lokalen Aktionspläne, wo Verwaltung mit zivilgesellschaftlichen, auch spezialisierten Teams zusammengearbeitet hat und eine erhöhte Sensibilität hergestellt wurde, so weit, dass sie ein eigenes Integrationsprogramm im Bezirk mit Begriffsklärung und mit Durchchecken, was kann jede Verwaltung tun, in zwei Jahren ausgearbeitet hat. Ich glaube, dass so etwas die Sensibilität in den öffentlichen Verwaltungen deutlich erhöht, aber das es auch lange gedauert hat. Das waren mehrere Jahre Arbeit von vielen.

Ansonsten würde ich die Frage: Was ist besonders wichtig bei der Prävention? – so beantworten: Ich glaube, dass es wichtig ist, dass die Erfahrung von Anerkennung, Teilhabe und Respekt in allen gesellschaftlichen und staatlichen Regelinstitutionen regelmäßig und systema-

tisch ermöglicht und gefördert wird. Das muss im Gemeinwesen erfahrbar gemacht werden. Einrichtungen, die sich da besonders anbieten, sind Kitas, Schulen, Nachbarschaftszentren, Quartiersmanagement und Ähnliches. Ich glaube, dass die wichtigste Prävention ein vorurteilsbewusstes Diversity-Mainstreaming ist, also zu wissen, dass es Machtunterschiede und Vorurteile gibt, und dass man trotzdem konstruktiv mit Vielfalt und Verschiedenheit umgeht und dass man diese Fähigkeiten strukturell und von den Kompetenzen der Menschen her verbessern kann. Ich glaube, das zeigt nach mehreren Jahren dann Wirkung. Ich glaube, dass ich Belege dafür habe, dass es Wirkung zeigen kann, nicht mit punktuellen Schulungen und danach ist alles gut, nicht mit einem Beratungsteam, und danach ist alles gut, aber mit langen Prozessen kann man etwas verändern und erreichen. Ich glaube, Berlin stünde nicht da, wo es jetzt steht, ohne dass diese Prozesse über die letzten Jahre ermöglicht worden wären.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Chung! – Als Letzter, Herr Wehrhahn, bitte!

Sebastian Wehrhahn (mbr): Vielen Dank! – Eingedenk der Zeit möchte ich ein bisschen umbauen und genau da ansetzen, wo Herr Chung aufgehört hat. Dem letzten Punkt kann ich sehr stark zustimmen, dass die konkrete alltägliche Erfahrung von Teilhabe, auch Teilhabe im Ressourcensinne, sehr wichtig ist. Ich würde dann noch den anderen Punkt, den ich hätte machen wollen in dem Bereich, ergänzen. Ich glaube, dass es von Bedeutung ist, dass, wenn wir über Prävention reden, beispielsweise Schulen, aber auch andere Verwaltungsinstitutionen Position beziehen. Ich glaube, Neutralität ist dort nicht geboten. Das ist natürlich nicht im parteipolitischen Sinne zu verstehen, aber es ist, wenn es um das Verhältnis zu Rassismus und zu Menschenrechten geht, wichtig, dass Jugendliche und Kinder eine Position vorgelebt bekommen, mit der sie sich auseinandersetzen. Nur aus einer solchen Auseinandersetzung entsteht ein tatsächliches demokratisches Bewusstsein, glauben wir.

Zu der Frage von Frau Dr. Kitschun, was sich verändert hat, würde ich voran zwei Punkte, wenn ich in meinem Beratungsalltag nachschaue, erwähnen: Zum einen ist die Aufmerksamkeit für unsere Arbeit, für das, was wir zu sagen haben, gestiegen. Zum anderen ist jedoch auch die Verunsicherung deutlich gestiegen. Das wurde vorhin auch schon angesprochen. Es gibt zwei Beispiele, bei denen ich das sehr stark gemerkt habe. Zum einen die Drohbriefe der Reichsbewegung. Dort sind vier Leute extrem verunsichert, verständlicherweise, da wird mit Mord mit einem konkreten Datum gedroht. Ein anderer Punkt, wo mir das sehr stark in Erinnerung geblieben ist, ist der noch immer ungeklärte Mord an Burak Bektaş im April dieses Jahres. Dort ist ein rassistischer Hintergrund alles andere als auszuschließen. Leider gibt es bislang immer noch keine Hinweise. Die Verunsicherung im Sozialraum ist jedoch ungemein groß. Die Vermutung, dass es sich um eine rassistische Tat handelt, hört man dort an jeder Ecke. Ich habe mich auf den Sozialraum bezogen, weil ich es dort konkret erlebt habe, aber natürlich nicht nur da.

Zur Extremismusklausel, zu den konkreten Auswirkungen, wurde schon viel gesagt. Einige Registerstellen, die vorhin auch schon von Frau Bayram genannt wurden, setzen ihre Arbeit mittlerweile unbezahlt fort, andere unter behelfsmäßiger Finanzierung und erschwerten Bedingungen. Das ist in der Tat sehr schwierig. Die Zukunft ist ungewiss – darauf wurde hingewiesen –, auch weil die Auseinandersetzung darum noch nicht beendet ist. Uns war und ist es immer noch wichtig, in der konkreten politischen Debatte Position zu beziehen, nicht nur, weil es da um unsere Finanzierung geht – und wir sind noch relativ privilegiert, weil wir vom

Senat aufgefangen werden –, sondern auch, weil wir glauben, dass damit der Kern unserer Arbeit und ein ganz wesentlicher Aspekt von Demokratie gemeint ist, und diese Auseinandersetzung lohnt sich.

Zur Unterstützung von Initiativen und Projekten wie unseren: Da kann ich an die Extremismusklausel anknüpfen. Zum einen muss das nötige Vertrauen ausgesprochen und die Kompetenzen anerkannt werden. Es gibt im gesamten Bundesgebiet – auch in Berlin – zahlreiche kompetente Expertinnen und Experten, die bereits lange bevor über gemeinsame Dateien und Kompetenzzentren nachgedacht wurde, dieses Wissen hatten.

Ein Rückgriff sei mir gestattet, was den Nationalsozialistischen Untergrund anbelangt. Es war nicht so, dass es niemanden gab, der vermutet hat, dass es sich um rassistische Morde hat. 2006 sind in Kassel 2 000 Menschen auf die Straße gegangen, vornehmlich Bürgerinnen und Bürger mit dem sogenannten Migrationshintergrund unter dem Motto: Kein zehntes Opfer! – Sie wurden nicht gehört, nicht von der Polizei, nicht von der Politik, nicht von den Medien, auch nicht von den zivilgesellschaftlichen Initiativen. Ich möchte gar nicht mit dem Finger darauf zeigen, ich möchte auf eine Leerstelle aufmerksam machen.

Die Opferzahlen müssen anerkannt werden. Das spielt eine wichtige Rolle, auch als ein Signal an die Betroffenen rassistischer Gewalt, an die Leute, die sich tagtäglich engagieren, und an die Angehörigen der Opfer.

Was man konkret tun kann, um Initiativen im Sozialraum, im Kiez zu unterstützen: Einige von Ihnen kenne ich aus der konkreten Arbeit in den Bezirken. Es ist immer ein gutes Beispiel, im Alltag Markierungen zu setzen, solche Initiativen zu unterstützen, zu vernetzen, im Zweifelsfall mitzumachen. Es gibt ein weiteres Beispiel, das mir einfällt, wie man solche Initiativen unterstützen kann. Als Pro Deutschland versucht hat, im Rathaus Kreuzberg eine Veranstaltung zu machen, gab es, organisiert von der Verwaltung, vom Bezirksamt, eine wunderbare Gegenveranstaltung, wo sich Initiativen aus dem gesamten Bezirk, Musikvereine etc. bis hin zum Bürgermeister deutlich dagegen ausgesprochen und ein gutes Zeichen für Demokratie und gegen Rassismus gesetzt haben.

Die Geheimhaltungstaktik der letzten Jahre wurde angesprochen. Das hat Frau Koppers mittlerweile verändert. Die Geheimhaltung, wie sie eine Zeit lang im Hinblick auf rechtsextreme Aufmärsche praktiziert wurde, war sicherlich nicht zielführend. Insbesondere, wenn man Menschen dazu ermutigen möchte, Position zu beziehen, auf die Straße zu gehen, Gesicht zu zeigen, wie es immer so schön heißt, muss man ihnen auch ermöglichen, vielleicht schon eine Woche vorher zu wissen, wohin sie gehen und nicht erst am Abend vorher gesagt bekommen, wo am nächsten Tag der Protest ist, insbesondere, wenn man es den Leuten ermöglichen will, an solchen Protesten teilzunehmen, die Demonstrationen vielleicht nicht gewohnt sind, vielleicht nicht jede Woche da hingehen und automatisch gucken, wo sie stattfinden. Das ist, glaube ich, eine wesentliche Bedingung.

Zu den konkreten Angriffen, die sich derzeit im Südosten vollziehen: Wir beobachten das genau und mit großer Sorge. Es handelt sich, insbesondere wenn wir über Treptow-Köpenick sprechen und die Brückenstraße, um ein Beispiel von Gott sei Dank wenigen in Berlin, wo es sehr starke rechtsextreme Hegemoniebestrebungen gibt. Frau Senatorin Kolat hat darauf hingewiesen: Es gibt Leute, die sich dem entgegenstellen. Diese Leute kann man unterstützen, und es ist ganz wichtig, dass diese Auseinandersetzungen zur Landessache gemacht werden, dass die Leute nicht damit allein gelassen werden. Insofern war es, auch wenn es nur – in Anführungszeichen – ein Symbol war, war der Besuch von Herrn Piening bei von rassistischer Gewalt Betroffenen in den Kiezen ein sehr wichtiges Zeichen. Auch Ihr Besuch, Frau Kolat,

im Weitlingkiez in der letzten Woche war an die Betroffenen ein sehr wichtiges Zeichen. Solche Besuche sind Zeichen, dass diese Auseinandersetzungen nicht nur in der Weitlingstraße stattfinden, sondern dass der Senat, dass die Abgeordneten, das demokratische Team das zu ihrer Sache machen. Das ist ein unglaublich wichtiges, langfristiges Signal. Rechtsextremer Hegemonie kann man nur dann begegnen, wenn man die Leute, gegen die diese Hegemonie gerichtet ist, unterstützt, wenn man die Leute unterstützt, die tagtäglich dort leben und sich dort bewegen, mitunter auch bewegen müssen. Man kann auch langfristige Maßnahmen dagegen ins Leben rufen. Die mbr hat zusammen mit einem Rechtsanwalt Gewerbemietverträge entwickelt, die es Leuten ermöglicht, im Zweifelsfall in der Auseinandersetzung mit Läden, wie sie beispielsweise in der Brückenstraße und anderen Bezirken vorkommen, eine bessere juristische Position zu haben.

Sehr viele interessante Fragen von Ihnen blieben leider nur cursorisch oder ganz unbeantwortet. Sehr gern würden meine Kollegin und ich uns jederzeit in ausgiebigerem Maße diesen Fragen widmen. – Vielen Dank für die Einladung!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Wehrhahn! – Jetzt noch mal ein Dankeschön an alle, die uns heute so kenntnisreich Auskunft gegeben haben. Ich denke, dass wir weiter in Kontakt bleiben werden. – Damit erkläre ich die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/0230

[0050](#)
ArbIntFrau

Rolle des Integrationsbeauftragten stärken

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
auf Annahme einer Entschließung
Drucksache 17/0300

[0054](#)
ArbIntFrau

**Vielfalt durch Einbürgerung stärken – zentrale
Einbürgerungsfeier im Berliner Abgeordnetenhaus
ausrichten**

- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0203
**Sprachtests als Eintrittskarte nach Deutschland
abschaffen!**

[0047](#)
ArbIntFrau
InnSichO(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0160

**Diskriminierung abbauen – Gleichberechtigten Zugang
zum Wohnungsmarkt gewährleisten**

[0023](#)
ArbIntFrau
BauVerk(f)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Islamische Friedensrichter

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0038](#)
ArbIntFrau

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.